

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 8. Januar 1930  
12. Jahrgang, Nummer 6

Erst im Abdruck mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogenen Willkommensblätter oder deren Raum 12 Pf., Einzel- und Werbeflächen 6 Pf. Kellernpreis: Die gebogenen Willkommensblätter oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 500 90.  
**Wochenblatt-Expedition:** Breslau 544, W.-Kellerei: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Spezial-Expedition:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Spezial-Expedition:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Spezial-Expedition:** Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02.

## Neue Blutprovokation Zörgiebel's

# Polizei schießt in Trauerdemonstration

Berlin, 8. Januar.

Gestern erlebte Berlin eine neue Blutprovokation Zörgiebel's. Anlässlich der Beisetzung des Genossen Neumann, der vor einigen Tagen von Nationalsozialisten erschossen wurde, und eines im Zuchthaus verstorbenen Genossen Koblisch, Meher veranstaltete die Berliner Parteioffensive eine Trauerdemonstration. Unter Führung des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannberg, versuchte ein starkes Polizeiaufgebot die Demonstration auseinanderzuschlagen. Einige Transparente der Demonstranten waren für die Schutzpolizei der Anlaß zu wilden Attacken. Am Lausitzer Platz wurden in die Demonstration scharfe Schüsse abgegeben. Massenverhaftungen wurden vorgenommen. Trotz des blutigen Polizeiberfalls und wiederholter Gewehrsalven auf die Demonstration schlossen sich die Arbeiter immer wieder zusammen. Insgesamt wurden ungefähr 40 Arbeiter verhaftet. (Siehe ausführlichen Bericht auf Seite 2.)

Schlaglichtartig beleuchtet die neue Provokation Zörgiebel's die Verschärfung der Klassengegnerschaft in Deutschland. Die blutigen Aktionen am 1. Mai waren der Beginn einer brutalen sozialfaschistischen Terroroffensive gegen die Arbeiterklasse. Dieser Kurs wird fortgesetzt und verschärft, je größer die Schwierigkeiten für die deutsche Bourgeoisie werden. Scharfe Schüsse in Arbeiterdemonstrationen! Das ist jetzt nicht nur in Berlin an der Tagesordnung. Überall, wo die Arbeiterklasse den Ausplünderungsplänen der Herrmann-Müller-Regierung Widerstand entgegensetzt, wo

es der kommunistischen Partei gelingt, die Massen der Gewerkschaften, der Betriebsarbeiter gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren, wenden die Mittel des kapitalistischen Staates, voran die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, den schärfsten Terror an, um die revolutionäre Front zu zerbrechen.

Die Ereignisse in Berlin zeigen, in welcher Weise sich die Entwicklung im ganzen Reich vollzieht. Das Verbot der kommunistischen Partei ist das nächste Ziel der Sozialfaschisten im Kampfe gegen die Arbeiterklasse. Neben gefälschten Dokumenten sollen die von der Polizei provokierten Zusammenstöße das Verbot vorbereiten. Jeder Arbeiter muß begreifen, daß die scharfe Zuspitzung der Verhältnisse zu einer Entscheidung drängt. Der Plan der Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Regierung muß durchkreuzt werden. Die kommunistische Partei und die revolutionären Organisationen des Proletariats dürfen nicht zerfallen werden. Auf den Stempelstellen und in den Betrieben müssen sich alle Werktätigen zusammenschließen und entschlossen zur proletarischen Gegenoffensive schreiten.

Kampf gegen die hungar-deutsche faschistische Diktatur, d. h. im jetzigen Entwicklungsstadium: Kampf um Lohnsteigerung, Kampf um den Siebenstundentag, Kampf gegen Betriebsstilllegung und für ausreichende Gewerkschaftenunterstützung! In jedem Bezirk, in jedem Ort sind sofort alle notwendigen Vorbereitungen für geschlossene Aktionen der Arbeiterklasse zu treffen. Im Bezirk Berlin, am 8. und 9. Februar der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt. Proletariat! Wählt überall Delegierte zu diesem Kongreß, der zum Ausgangspunkt für die Abwehr- und Offensivkämpfe der werttätigen Massen Schlesiens werden muß.

## Betriebsratswahl — Kampfwahl

In diesem Frühjahr steht die Arbeiterklasse vor bedeutungsvollen Entscheidungen. Die mit sozialfaschistischer Hilfe von den Krust- und Bankkapitalisten eingeleitete Hungeroffensive, die gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung durch die Steuer- und Politik der Koalitionsfaschisten, die Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen, verbunden mit verschärftem Sekttempo in den Betrieben, der direkte und indirekte Lohnabbau zwingen die Arbeiterklasse zu geschlossener revolutionärer Abwehr. Mehr als bisher werden in dieser gespannten Kampfsituation die Vorbereitungen zu den Betriebsratswahlen gleichzeitig Kampfvorbereitungen für die Abwehr der kapitalistisch-sozialfaschistischen Offensive gegen die Arbeiterklasse sein.

Um was geht es bei der Vorbereitung der diesjährigen Betriebsratswahlen? Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Betriebsratswahlen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition niemals eine Sache der bloßen Aufstellung und Wahl von Kandidaten ist, sondern daß die Vorbereitung der Wahl eine Aktivierung und Mobilisierung der Betriebsbelegschaften für die revolutionäre Kampffront sein muß.

Wir brauchen uns nichts vorzumachen. Die roten Betriebsräte haben im vergangenen Jahre ihre revolutionäre Aktion durchgeführt. Die Traditionen des gewerkschaftlichen Legalismus, die Maßnahmen zum Stillhalten, die für die Schamloshaltung der Arbeiterklasse Linie der revolutionären Gewerkschaftsopposition schließlich sein mußten. Wie aber auch die Situation sein möge, die roten Betriebsräte und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition müssen immer in engstem Kontakt und gestützt auf die Betriebsbelegschaften handeln, sie müssen gleichzeitig bei allen Maßnahmen der Unternehmer die Belegschaften auf die Gefahren der Passivität und der Kompromisse aufmerksam machen und die Arbeiter zum Kampf mobilisieren. Darin unterscheiden sich die roten Betriebsräte von den sozialfaschistischen, gelben, christlichen und nationalfaschistischen Betriebsräten, daß sie alle ihre Handlungen im engsten Kontakt mit den Belegschaften und gestützt auf die aktive Unterstützung der Arbeiter durchführen. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gerade gezeigt, daß dort, wo die roten Betriebsräte ihre Aufgabe als revolutionäre Klassenorgane der Arbeiterklasse verkannten, die Unternehmer in ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse leichtes Spiel hatten, und daß andererseits die Belegschaften das Vertrauen zu den von ihnen gewählten roten Betriebsräten verloren.

Der Ausgangspunkt der Massenmobilisierung der Arbeiterklasse für die diesjährigen Betriebsratswahlen müssen die Kampfforderungen des Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition sein.

Im Vordergrund dieser Forderungen steht der Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Je energischer und zielbewußter die revolutionäre Gewerkschaftsopposition schon jetzt diese Forderungen gerade bei den gegenwärtig stattfindenden Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen als unmittelbare Kampfbedingungen vertritt und die Arbeiterklasse zum Kampfe für diese Forderungen mobilisiert, um so aussichtsreicher und kraftvoller tritt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den Wahlkampf.

Der Kampfscharakter der Betriebsratswahlen kann nur in der Bereitschaft der Arbeitermassen, für diese Forderungen den Kampf aufzunehmen, Ausdruck finden. Was die Sozialfaschisten von dem notwendigen Kampf um die gerechte Verteilung der Lasten des Young-Planes reden, ist demagogische Phrasenbrecherei, und die Arbeiterklasse kann sich nicht auf leere Drohungen und inhaltslose Versprechungen verlassen, sondern muß um konkrete Forderungen kämpfen.

Die Vorbereitung der Betriebsratswahlen muß darum mit der konkreten Aufstellung von Aktionslösungen für den Kampf der Arbeiter durchgeführt werden, wobei sich jedoch die Arbeiterklasse darüber klar sein muß, daß weder die roten Betriebsräte noch sonstige gewerkschaftliche oder parlamentarische Vertretungen imstande sind, diese Forderungen unabhängig von der Aktion der Arbeiterklasse durchzusetzen, sondern daß die Arbeiterklasse selbst unter Führung selbstgewählter revolutionärer Kampforgane für die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen muß. Die Vorbereitung der Betriebsratswahlen ist ein Mittel, um die Arbeiterklasse für diese notwendigen und unausschießlichen Kämpfe zu mobilisieren und die Kampffront zu organisieren. Doch die Wahl roter Betriebsräte kann den selbständigen Kampf der Betriebsbelegschaften nicht ersetzen. Das revolutionäre Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse wird durch die Wahl roter Betriebsräte gestärkt, doch nur durch die tatsächlichen Kampfhandlungen der Arbeiterklasse kann dieses gestärkte Kraftbewußtsein seinen aktiven Ausdruck finden.

Unter diesen Gesichtspunkten: Massenmobilisierung für die revolutionäre Kampffront, Organisation des aktiven Widerstandes gegen die Hungeroffensive, gegen Betriebsstilllegungen und Entlassungen, Kampfhandlungen unter Führung selbstgewählter Kampforgane, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die diesjährigen Betriebsratswahlen vorbereiten und durchführen.

## Korruption bei den Nazis

### Die Hamburger Bezirksführer der Nazis über die Korruption in ihrer Partei

Unser Bruderorgan „Die Hamburger Volkszeitung“ ist in der Lage, einen ausführlichen Bericht abzugeben, den ein ehemaliger Bezirksführer der NSDAP über eine Versammlung der Bezirksführer von Groß-Hamburg gibt.

Aus dem Bericht, der ein lautes Protokoll einer ohne Wissen der Gauleitung einberufenen Bezirksführerversammlung der Hamburger Nationalsozialisten enthält, geht hervor, daß die Einberufung besondere Vorkehrungen ergreifen mußten, um nicht von der S. A. (Sturmabteilung) im Auftrage der Korruptionisten überfallen zu werden. In dieser Sitzung kamen 21 Bezirksführer zu Wort. Außerdem waren ein Mitglied der Reichsparteileitung der Nazis, mehrere Mitglieder der Bürgerschaft und andere Funktionäre anwesend. Die Versammlung befaßte sich fast ausschließlich mit dem „Geschäftsgeheimnis“ des Gaugeschäftsführers Hüttmann, einem Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Am die Stimmung dieser Nazi-Prominenten über den eigenen Sanktion klar zum Ausdruck zu bringen, geben wir einen gekürzten Auszug aus dem Protokoll wieder.

Schmidt (Hammerbrod): „Durch eine gerichtliche Anklage ist bekannt geworden, daß unser Bürgerschaftsabgeordneter Hüttmann wegen Hehlerei, Begünstigung und Steuerhinterziehung verurteilt ist.“

Ingoeren (Hamm) protestiert gegen die Anwesenheit des Majors Bucher von der Reichsparteileitung, dessen Ausweisung erwünscht sein könnten.

Schmidt (Hammerbrod) stellt fest, daß die Schulden der Gauleitung so ungeheuerlich seien, daß diese unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehe. In einer Druckerlei 3200 Mark, in einer anderen Druckerlei 8000 Mark Schulden. Ein Freund des Gaugeschäftsführers Hüttmann verstand plötzlich, als er als Hochstapler entlarvt und ihm das unberechtigte Tragen eines Doktor-Titels sowie Unterschlagung nachgewiesen wurde. Schmidt will sein ganzes Material an Adolf Hitler gefandt haben, ohne jemals Antwort zu bekommen. Hüttmann habe wiederholt Gelder zusammengepumpt, um die Klasse in Ordnung zu bringen, ohne daß deswegen Ordnung in die Klasse kam und ohne die Gelder jemals wieder zurückzugeben. Auch habe er vor wenigen Wochen erneut versucht, Parteigenossen um 5000 Mark anzupumpen. Schmidt berichtet dann weiter über Untermöglichkeiten beim Verkauf von Eintrittskarten, und über die „freundliche“ Behandlung, die der Gaugeschäftsführer den Rannschützen zuteil werden ließ.

Andere Bezirksführer berichten, daß Hüttmanns Günstlinge trotz ihrer Arbeitslosigkeit schon bis zu 150 Mark machten und von Hüttmann, trotzdem sie wegen Unterschlagung verurteilt waren, Vertrauensposten erhielten.

Reinmann, Mitglied der Bürgerschaft, bestätigt die Angaben seiner Vorgesetzten, stellt fest, daß bei Buchhändlern und Verlegern nach Schulden in Höhe von 300, 2200 und 2000 Mark stehen und fragt an, was man mit den Schulden machen soll, die Hüttmann bei Bürgerschaftsabgeordneten bürgerlicher Parteien gemacht hat.

Reinfe, Mitglied der Bürgerschaft, hat sich an die Reichsleitung nach München gewandt, um einen gewissen Kaufmann wegen dieser Korruptionsfälle nach Hamburg zu bestellen. Er erhielt aber von München keine Antwort. Die Schulden des Gaues betragen 15 000 Mark, das heißt, der Gau Hamburg ist pleite.

Frahn (Vorfeld) berichtet von einer Versammlung, in der der Sturmführer, einer der Günstlinge Hüttmanns befallen auf einem

Stuhl geschlafen habe. Ein Beschwerdebrief, den er an die Reichsleitung geschickt habe, sei jetzt in Händen Hüttmanns. Dafür sei er gefeiert worden.

Ein an einen im Gefängnis sitzenden Nazi abgegangenes Paket ist auf der Geschäftsstelle „verloren“ gegangen.

Mehrere Bezirksführer schlagen vor, Hüttmann abzuschicken.

In dem Bericht, den die „Hamburger Volkszeitung“ abdruckt, heißt es dann weiter, daß zwar Hüttmann zurücktrat, daß sich aber der Sanktion bei den Hamburger Nazis nicht geändert habe. Im Gegenteil habe einige Tage später der Gauleiter Kaufmann siegesstolz nach München berichtet: „Es ist alles in a l t e r Ordnung.“

Der ehemalige Bezirksführer der NSDAP, Kurt Schmidt, bemerkt dann am Schluß seines Berichtes, daß die Vorgänge in Hamburg keine Einzelercheinung seien, man dürfe sich nicht über die Wahlerfolge der Nazis täuschen, denn in den anderen Teilen des Reiches trache es ebenso im Stillen-Lager. Er erinnere nur an die Korruptionsfälle in Nürnberg, München, Sachsen, im Saargebiet usw. Soweit das Urteil einiger Parteiführer über ihre Partei. Diese Angaben bestätigen nur, was die Massenbewegte Arbeiterklasse längst wußte, daß nämlich eine Partei des Kapitalismus ist, die genau so im kapitalistischen Korruptionsjumbo steckt wie alle bürgerlichen Parteien, von den Nationalfaschisten bis zu den Sozialfaschisten.

## Weitere 300 Traktoren

Von der neuen sowjetrussischen Traktorenwerkstatt in der Fabrik „Roter Putikowez“ sind nach Mitteilung der „Ekonomicheskaja Schin“ vom 1. Januar die ersten 300 Traktoren geliefert worden. Der Dezemberplan wird mit weiteren 300 Traktoren am 9. Januar erfüllt werden.

## Vom Tage

Der im Prozeß gegen die Rathenau-Mörder verurteilte Faschist Ernst Werner Tschow ist jetzt nach siebeneinhalbjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen worden.

Die Pariser Theaterbesitzer wollen sämtliche Theater zum Protest gegen „mißbräuchliche Besteuerung“ schließen.

In polnischen Dörfern und Kleinstädten sind in den ersten neun Monaten des Jahres 1929 nicht weniger als 19 646 Gebäude durch Feuer zerstört worden.

Nach einer „Times-Nachricht“ aus Jerusalem ist die Aufständischenarmee Feilsch von den Truppen des Königs Ibn Saud entscheidend geschlagen worden.

In Mährisch-Ostau brach am Dienstag in der Paraffin-Abteilung der Oberösterreichischen Mineralölfabrik ein Brand aus. Zahlreiche Explosionen erfolgten. Aus dem ersten in Flammen stehenden Gebäude wurden zwei Arbeiter mit schweren Brandwunden geborgen. Es verlautet, daß ein Arbeiter vermißt wird.

# Maßlose Beschimpfung der USSR.

Der zweite Tag des Fälscherprozesses — Interventionsreden vor Gericht — Deutsche Polizei hilft den Fälschern

Wie eine Bombe schlugen die Feststellungen der gestrigen „Noten-Fahne“ über die Vorgänge im Tschernowozener Fälscherprozess im Mosauer Kriminalgericht ein. Sozial „Noten-Fahne“-Leser wie gestern hat es dort wohl nicht oft gegeben. Selbst die Generalstaatsanwaltschaft wühlte unsere Mitteilungen über die systematischen Provokationen der Mosauer Klassenjustiz zum Gegenstand eingehender Beratungen machen.



Skmetell, menschenwürdiger Gesandter der Pariser Rassehausregierung

Und so geschah es, daß Herr Skmetell, der menschenwürdige Vertreter des Pariser Stammsklubs, der sich auch „Georgische Nationalregierung“ nennt, staunend den ihm reservierten Platz verließ, als zwei Vertreter der Sowjetregierung im Saal erschienen. Es ist eine Schande, daß sie erst kommen

müssen, um dem Skandal der Mosauer Klassenrichter und des Auswärtigen Amtes ein Ende zu bereiten.

Der zweite Verhandlungstag gegen die Tschernowozener begann mit der verantwortlichen Vernehmung des Angeklagten Basilus Sabathieraschwill, Sohn eines Großgrundbesitzers, hält er sich seit 1917 fast ausschließlich in Deutschland auf, wo er angeblich technische Studien betrieben habe. Erst Bankbeamter und dann Auslandskorrespondent einer Kölner Firma in Konstantinopel. Später wird er bei dem Fürsten Kmalow-Bermont mit einem festen Gehalt von 100 Mk. pro Monat angestellt. Durch Kmalow tritt er in Verbindung zu der georgischen nationalen Bewegung und den mit dieser zusammenarbeitenden deutschen rechtsradikalen Kreisen.

„Gemeinsam mit Karumbidze und anderen georgischen Nationalisten“, so schildert er weiter, „wollten wir die ganze deutsche Nation gewinnen zur Befreiung Georgiens und des Kaukasus. Dies war unserer Ansicht nach aber nur möglich durch ein starkes, einiges Deutschland.“

Deutschland war aber vom Kommunismus verseucht und in Gefahr, dasselbe Schicksal wie Rußland zu erleiden. Wir setzten uns daher dafür ein, daß in Deutschland eine nationale Regierung aus Rußland kommt und kämpften mit allen Mitteln gegen den Kommunismus in Deutschland. Wir lieferten unseren Freunden in Deutschland Informationen über die Vorgänge in Rußland, besonders durch Vermittlung von Dr. Weber, an amtliche Stellen in Bayern.

## Freiheitskämpfer mit gefülltem Portemonaie

Karumbidze unterrichtete Sabathieraschwill über die bereits in Gang befindlichen Tschernowozener Fälschungen, die der letztere nun in eigener Regie übernimmt. Er fährt mit dem Münchener Buchdrucker Schneider nach Frankfurt, um dort einwandfreiere Banknoten herzustellen. Und siehe da! Bei der Ankunft ist „zufällig“ auf dem Frankfurter Bahnhof Herr Dr. Weber. Und ebenso zufällig vermittelt der Hofrat Kalkte den halenteuerlichen Buchdrucker Schmidt und den ebenso nationalsozialistischen Buchhändler Böhle. Dieser stellt das Wasserzeichenpapier bei sich unter und

dann beginnt in Schmidts Druckerei hinter verschlossenen Türen freigeistlich der Massenabdruck falscher Noten.

Berichtet sich, daß der heroische „Freiheitskämpfer“ erst einmal sich selbst damit gesund macht. So hinterlegte er bei einer Stelle 1000 Tschernowozener und ließ sich dafür 15 000 Mark auszahlen. Da konnte man noch leben! Freiheitskämpfer? Ja, aber nur, wenn sie ihre eigene Tasche voll haben.

## Weber: „Ich habe den roten Terror niedergeworfen“

Kaum ist Sabathieraschwill mit seinen Aussagen zu Ende, als Hitlers Vorkämpfer, Dr. Weber, völlig blödes und verstoffenes Gesicht, sein politisches Bekenntnis zum Arbeitermord und zum Kampf gegen die Sowjetunion ablegte. Er soll gewissermaßen dem Prozeß den Stempel der nationalen Gefinnung aufdrücken. Aber was da in miserablen Deutsch herauskommt, läßt sich föhligert von den Verteidigern und Mitangeklagten, das sind nur einige abheuliche Selbstbezeichnungen und Beschimpfungen der Sowjetunion:

„Ich habe mein Teil dazu beigetragen, den roten Kälterror niederzuwerfen. Als Kampagnenführer eines Freikorps marschierte ich nach dem Sturz der bayerischen Käterregierung in München ein.“

Ich sah, daß Frankreich und England die Kräfte sind, die bei der Klugefaltung des Ostens noch eine Rolle spielen werden. Diese Kräfte müssen meiner Meinung nach unterstützt werden. Darum war meine erste gemeinsame Aktion mit Karumbidze die Einleitung der Londoner Verhandlungen des General Hoffmann.

## Zusammenpiel mit Münchener Polizeidirektion

Von allen meinen Schritten unterrichtete ich die offiziellen deutschen Stellen. Ich habe mit der Münchener Polizeidirektion immer fortlaufend und ganz in Verbindung gestanden. Auch mit dem Auswärtigen Amt suchte ich Verbindung. Vor der Londoner Konferenz suchte ich einen Sachverständigen für unsere Aufgabe.“

Vorsitzender: „Was für eine Aufgabe?“

Weber: „Es sollte ein Aufstand im Kaukasus entzündet werden, der die Interventionsgebände bei den Großmächten schon unpopulär geworden war und so das Sowjetreich durch Zerlegung von innen heraus zum Zusammenbruch bringen wollte.“

Fast war es schon so weit. Es brauchte nur noch der Name unter dem Vertrag mit den in Frage kommenden hervorragenden englischen politischen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten gesetzt zu werden; da flog durch eine Sabotage alles auf.

Später, Anfang 1927, haben in Genf neue Verhandlungen mit führenden englischen und italienischen Persönlichkeiten stattgefunden. Damals tauchte der Plan der Selbstfälschung auf.“

# Sie schießen auf das Totengeleit

## Blutige Polizeiprovokationen anlässlich der Beerdigung der ermordeten Genossen Neumann und Robitsch-Meyer in Berlin

Die gestrige Trauerdemonstration der kommunistischen Partei in Berlin anlässlich der Beerdigung des Opfers der nationalsozialistischen Mörder, des Genossen Neumann, und des von der Justiz hausjustiz gemordeten Genossen Robitsch-Meyer nahm die Jürgel-Polizei zum Anlaß unerhörtester Provokationen, die an verschiedenen Stellen zu schweren Zusammenstößen, Feuerüberfällen der Polizei, Sprengung des Trauerzuges und zu Massenverhaftungen führten. Was sich gestern die Polizeibestien Jürgel gegenüber einer disziplinierten, vollkommen geordnet aufmarschierenden Demonstration der Arbeiterschaft geleistet haben, das erinnert in seiner verbrecherischen Brutalität an die Maitage 1929. Wohl ein duzendmal wurde der Trauerzug, in dem die Särge unserer ermordeten Genossen mitgeführt wurden, ohne den geringsten Anlaß durch ein Miesenaufgebot der Polizei, die der sozialfaschistische Oberleutnant Müller von der Wache in der Frankfurter Allee befehligte, überfallen.

Schon bei Abholung der Särge am Lautziger Platz begann die Provokation. Ein von den Neufässer Arbeitern mitgeführtes Plakat: „Rache für unseren ermordeten Kameraden!“ wurde von der Polizei beschlagnahmt. Ein besonders provokatorisch vorgehender Polizeihauptmann mußte bei dieser Gelegenheit Bekanntheit mit Protestzettelkäufen machen.

Dieser Offizier gab mit dem Ruf: „Rache! Rache! Rache!“ drei scharfe Schüsse in die Menge ab und ein hinzukommendes Polizeikommando eröffnete ebenfalls das Feuer gegen die Demonstranten.

Die Totenwache der Antifaschisten wurde buchstäblich vom Leichenwagen weggeschlagen. Wie wildgeworden stürzte sich die Polizei auf Transparente und Fahnen und zerstörte selbst einige Kränze, die von den verschiedensten Arbeiterdelegationen den Särgen nachgetragen wurden.

Auch am Küstner Platz, wo um 2 Uhr der Haupttreffpunkt der Demonstration war und wo sich Tausende von Arbeitern eingefunden hatten, kam es zu einem Feuerüberfall der Polizei. Hier benahmten sich wiederum eine ganze Anzahl als Sozialdemokraten bekannte Polizeibeamte und Offiziere besonders brutal. Die Polizei veranstaltete eine förmliche Jagd auf alle Arbeiter, die eine NSB-Mütze oder Windjade trugen, einerlei, ob sie Abzeichen hatten oder nicht. Massenverhaftungen fast an jeder Straßenecke, wo immer wieder die Polizei verurteilte, die unter Gesang sich neu zum Zug formierenden Massen auseinanderzuschlagen, zeigten klar die Absicht der Provokation.

Ganze Lastautos mit gefangenen Arbeitern wurden

absichtlich dicht am Zuge entlang geführt, während ein Heer von Spitzeln und Provokateuren die Menge zum Ungeheiß auf die Polizei aufzureizen versuchten.

Nie war das Zusammenspiel dieser Provokateure mit der Polizei deutlicher als bei dieser Demonstration. Wieder was es ein Offizier, der am Küstner Platz ohne jeden Grund scharfe Schüsse in die Menge abgab.

Trotz alledem erreichte der Zug geschlossen den Friedhof in Friedrichsfelde, wo sich ein besonderes Polizeikommando von 300 Mann unter dem persönlichen Befehl des Oberleutnants Helzigel versammelte. Nichts kennzeichnet die verheerende Stimmung dieser Beamten besser, als der in Erwartung des Trauerzuges getane Ausspruch einer dieser Polizeibestien: „Die Hunde sollen nur kommen!“

Wenn es gestern nicht zu schlimmerem gekommen ist, dann war dies ausschließlich der prachtvollen Geschlossenheit und Disziplin des Demonstrationzuges zu verdanken. Der ganz Aufzug der Polizei zeigte von vornherein die Absicht einer großangelegten Provokation. Unter allen Umständen sollte es anlässlich dieser Demonstration zu einem Blutbad kommen. Den Severing braucht Leichen, um „Material“ für das Republik schutzgesetz, „Material“ für das Verbot der kommunistischen Partei zu haben. Mit der gestrigen Demonstration ist die Polizei in bewusster Steigerung ihrer Provokationsmethoden gegenüber der Berliner Arbeiterschaft einen entscheidenden Schritt weitergegangen.

# Bauernsturm in Franken

## Riesige Bauernkundgebung in Würzburg protestiert gegen die Kulalenhilfe der Reichsregierung — Offener Aufruhr fränkischer Bauern gegen die großagrariischen Führer

Würzburg, 7. Januar. (Eigenbericht.) Wir erhalten folgende alarmierende Nachrichten: Hier fand am Sonntag in der Stadthalle, einem der größten Säle der Stadt, eine Massenkundgebung fränkischer Bauern statt. Es sprachen der süddeutsche radikale Bauernführer Vikus Heller sowie Miglioli, Führer der katholischen Bauernpartei Italiens, Richter, Sekretär des Büros zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses und Arbeitsbauern aus den verschiedensten Teilen des Reiches, wie Ostpreußen, Mecklenburg, Oldenburg, Hessen, Thüringen und Baden. Heller geißelte die brennende Not der Arbeitsbauern in Bayern, Württemberg und Baden. Ausgehend von der Lage in Italien entlatete Miglioli Faschismus und Krieg als Todfeinde der Bauern. Anschließend zeigte Richter die europäische Agrarfrage vornehmlich als Krise der kleinen und armen Bauernwirtschaften in den europäischen kapitalistischen Ländern auf. Als dieser Redner die Tatsache der Verschleuderung von 6 Millionen Mark für die ausgewanderten russischen Großbauern unter Gegenüberstellung des Massenlebens der schaffenden Bauern in Deutschland selbst, als weiterhin ein bäuerlicher Redner an Hand der Vorgänge in Pogowitz (Grenzmark) nachwies, daß Kulturamtsbehörden und Landbank mit Vertreibung der Siedler von ihren Stellen durch Kulalene drücken, falls sie nicht bedingungslos die expressförmlichen Verträge unterzeichnen, erhob sich

ein ungeheurer Entrüstungssturm gegen die Kulalenunterstützung durch die Reichsregierung.

In einer angenommenen Protestresolution wurde die sofortige Spernung der Kulalenhilfe von der Reichsregierung gefordert.

Unter dem spontan ausbrechenden Beifall der tausend fränkischen Bauern traten die Redner für die Verjagung der verräterischen, bauernfeindlichen Führer der Agrarorganisationen und ihrer sogenannten Reichsbauernfront, für die Parole:

### In Massen los vom Großgrundbesitz

ein, fern gegen jegliche Ausbeutung durch das Kapital, gegen die Vorbereitung eines kommenden Krieges und gegen den Faschismus, für die bäuerliche Einheitsfront im Bunde mit allen

Werttätigen, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern Europas. Der Aufruf hierzu soll der ebenfalls mit großer Begeisterung aufgenommenen,

im März 1930 in Berlin stattfindende Europäische Bauernkongress

sein. Unter Zusammenfassung der schon bestehenden Länder- und Bezirkskomitees wurde ein sogenanntes Nationalkomitee zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses gegründet und ein Aufruf an die arbeitenden Bauern, Pächter und Siedler Deutschlands zur Unterstützung dieses Kongresses und seiner vorbereitenden Bauernkomiteebewegung angenommen.

Die Diskussion verlief äußerst stürmisch. Stundenlang wogte sie im Zeichen des Kampfes zwischen den fränkischen Bauern einerseits, den Gutsbesitzern und der gesamten mobilisierten Führerelektrik des Landbundes, der christlichen Bauernvereine, der Bauernbünde und der ihnen getreuen Nationalsozialisten andererseits hin und her. Als ein wohlgenährter Gutsbesitzer und ein Sekretär des Christlichen Bauernvereins mit demagogischen, nationalen Phrasen den Appell an die fränkischen Bauern richtete, zu ihren alten Organisationen und ihren „bewährten“ Führern zu stehen, sie sogar hochleben zu lassen versuchte, kam es zu

tumultartigen Empörungsausbrüchen.

Die Agrarier wurden niedergeböhrt, Bauernsäule reckten sich ihnen entgegen. Da kam ihnen die Polizei zu Hilfe. 40 bayerische Polizisten besetzten Bühne und Saal, jeden Augenblick bereit, auf das Kommando der mit ihnen zusammenarbeitenden Gutsbesitzer und einem faschistischen Polizeioffizier mit Schlagbereiteten Gummiknüppel auf die berechnigt empörten Bauern einzuschlagen und ihnen dadurch ein drastisches Beispiel für bayerische Justiz und Ordnung zu geben. Nur der besonnenen Versammlungsleitung und der bäuerlichen Disziplin war es zu zuschreiben, daß diese niederträchtige Provokation der Gutsbesitzer, ihrer faschistischen Helfer und ihrer Polizeihelfer abgewehrt wurde und die Massenkundgebung ihre Tagesordnung bis zum letzten Punkte erledigen und mit einem Hochruf auf den Europäischen Bauernkongress schließen konnte.

## „Die deutsche Regierung hat doch mit uns sympathisiert!“

Das nimmt der Vorsitzende alles hin und ermutigt den Weber zu noch schlimmeren Frechheiten. Auf mehrere geheimnisvolle Andeutungen Webers fragt der Staatsanwalt: „Sie sagten, daß der Tschernowozener Druck mit Billigung von Regierungsbehörden geschehen sei. Das ist doch unmöglich.“

Angeklagter Bell, ausströmend: „Die deutsche Regierung hat ja selbst mit unseren Plänen sympathisiert.“ (Große Bewegung im Saal.)

Der Vorsitzende möchte den Eindruck dieses auffehnerregenden Zwischenrufes abschwächen, indem er Bell sofort über den Mund fährt und ihm das weitere Sprechen verbietet.

Um dieses Verbrechen zu rechtfertigen, eröffnete Weber eine widerwärtige Schimpfparade gegen die Sowjetunion. Er spricht von den Kommunisten, die „nur durch millionenfachen Raub und Mord zur Herrschaft gekommen sind“. Als es schließlich gar zu toll wird, erklärt der Vorsitzende: „Wir kennen die Verhältnisse und Verfassung der Sowjetunion doch gut genug.“

So sanft und lebenswürdig kann ein Klassenrichter gegen Angeklagte sein, wenn sie Faschisten sind und pöbelhaft schamhübe Ausfälle gegen das Land der Arbeiter und Bauern unternehmen. Aber der faschistischen Rechtsanwaltsgruppe aus München ist die Zähmheit des Vorsitzenden noch nicht genug.

Rechtsanwalt Menz: „Wir dürfen keine Rücksicht nehmen und wir tun es auch nicht. Wir scheuen uns nicht, die Hinrichtungsmethoden der Tschelwa als Mord zu bezeichnen.“

# Die neue Etappe der Kollektivierung

## Beschluß des ZK. der KPdSU. über die Beschleunigung der Kollektivierung

Moskau, 7. Januar. (Inprekorr.) Das ZK. der KPdSU. hat seinen Beschluß über das Tempo der Kollektivierung und die Maßnahmen zur Unterbreitung der Kollektivierung veröffentlicht. In dem Beschluß wird festgestellt, daß die Kollektivierungsbewegung das planmäßig vorgesehene Entwicklungstempo übertrifft. Schon in diesem Frühjahr wird die Kollektivierung der Anbaufläche von 30 Millionen Hektar übersteigen, d. h. den Fünfjahresplan überholen, wonach bis zur Wende des Jahres 1930 über 24 Millionen Hektar von Kollektivwirtschaften erfaßt sein sollten.

In dem Beschluß heißt es u. a.: Somit haben wir die materielle Basis, um die Großbetriebe der Kulaken durch die Großbetriebe der Kollektivwirtschaften zu ersetzen und um einen weiteren Kraftvollen Vorstoß zur Schaffung des sozialistischen Ackerbaues zu machen, auch abgesehen von den Sowjetwirtschaften, deren Entwicklung alle planmäßigen Voranschläge weit überholt. Dieser Umstand, der für die gesamte Volkswirtschaft der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung ist, hat der Partei allen Anlaß gegeben, bei ihrer praktischen Arbeit von der Politik der Einschränkung der Ausbeutertendenzen der Kulaken zur Politik der Liquidierung der Kulaken als Klasse überzugehen. In Anbetracht dessen kann es als unzweifelhaft festgestellt werden, daß wir im Rahmen des Fünfjahresplans anstatt der im Fünfjahresplan vorgesehenen Kollektivierung von 20 Prozent der Anbaufläche die Aufgabe der Kollektivierung der gewaltigen Mehrheit der Bauernwirtschaften werden lösen können, wobei die Kollektivierung so wichtiger Getreidegebiete wie das der Niederwolgga, der Mittelwolgga und des Nordkaukasus im großen und ganzen im Herbst des Jahres 1930 oder auf jeden Fall im Frühjahr 1931 vollendet werden kann.

Gemäß dem beschleunigten Tempo der Kollektivierung ist die Arbeit zur Errichtung von Werken für die Erzeugung von Traktoren, Kombinemaschinen und anderen landwirtschaftlichen Inventars noch weiter zu verstärken, damit diese Werke zu den vorgesehenen Zeitpunkten fertiggestellt sind.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat wird aufgefordert, Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, die bereits für das nächste Jahr sowohl den weiteren Ausbau der Erzeugung komplizierter landwirtschaftlicher Maschinen in den alten Werken, als auch ins-

besondere eine erhebliche Entfaltung der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen für Traktorenbetrieb gewährleisten. Das Ackerbauministerium wird aufgefordert, die für die Bodenverteilungs- und Vermessungsarbeiten zur Verfügung stehende Kräfte derart umzugruppieren, daß der entsprechende Bedarf der Gebiete mit durchgehender Kollektivierung vollaufgedeckt wird, wobei die individuelle Bodenverteilungs- und Vermessungsarbeit mit Ausnahme einiger nationaler Gebiete, wo die Kollektivierungsbewegung noch nicht zu breiter Entfaltung gelangt ist, aufzuschieben ist.

Der Beschluß sieht ferner eine Reorganisation der Tätigkeit der Maschinen- und Traktorenstationen sowie der Sowjetwirtschaften in dem Sinne vor, daß vorzugsweise die Kollektivwirtschaften bedient werden.

Der Beschluß fordert die Parteioptionen zur Arbeit

zur Schaffung von Redern für die Kollektivwirtschaften und zur Beschleunigung der Schaffung eines breiten Reges von speziellen Kurzen auf, zu denen in erster Reihe Praktiker der Kollektivierungsbewegung aus der Mitte der Bauernschaft und Organisatoren der Kollektivierungsbewegung aus den Arbeitervirgaden heranzuziehen sind. Sofern die Erfahrungen der kompletten Kollektivierung das Urteil als verbreitetste Form der Kollektivwirtschaft in den Vordergrund rücken, wird das Ackerbauministerium beauftragt, ein Musterstatut für derartige Urteile als zur Kommune überleitende Form der Kollektivwirtschaft auszuarbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Aufnahme von Kulaken in Kollektivwirtschaften unzulässig ist.

Der Beschluß macht es den Parteioptionen zur Pflicht, in der von unten aus sich entfaltenden Kollektivierungsbewegung die Führung zu übernehmen, um die Organisation einer wahrhaft kollektiven Produktion in den Kollektivwirtschaften zu sichern und um nicht allein die im Plan vorgesehene Erweiterung der Anbaufläche zu erzielen, sondern auch die gegenwärtige Anbaufläche zum Ausgangspunkt eines neuen Aufschwunges der Kollektivierungsbewegung zu gestalten.

# Kleinkrieg in Marokko

## Große Verluste der französischen Truppen — Meutereien

Paris, 7. Januar. Trozdem die französische Regierung die Lage in Marokko dauernd als günstig darzustellen bemüht ist, kommen in der letzten Zeit eine ganze Anzahl von Meldungen, die von einem regelrechten ununterbrochenen Kleinkrieg zwischen den französischen Besatzungstruppen und den Eingeborenen berichten. Diese Kämpfe haben den französischen Truppen große Verluste beigebracht.

Im Laufe des letzten Vierteljahres haben die Besatzungstruppen annähernd 1000 Tote und Verwundete gehabt. Dagegen waren die Verluste der Marokkaner sehr gering.

Die französische Regierung bereitet jetzt eine Verstärkung der Kolonialtruppen in Marokko vor. Es sollen mehrere Abteilungen Panzerautos und Fliegertruppen entsandt werden.

Neuerst gefährlich für die französische Armee ist die Tatsache, daß ein großer Teil der Soldaten und Unteroffiziere mit den Eingeborenen sympathisiert. Wiederholt ist es zu offenen Meutereien gekommen.

# Wengand Nachfolger Fochs

## Ein Erzfeind der Sowjetunion an der Spitze des französischen Generalstabs

Paris, 7. Januar. Zum Nachfolger des Generals Foch wurde der General Wengand zum Chef des französischen Generalstabes ernannt.

Dieser Wengand ist bekannt als Exreaktionär und ausgesprochener Sowjetfeind. Er hat das bereits praktisch bewiesen, als er im Kriege zwischen Polen und der Sowjetunion im Jahre 1920 als eigentlicher Chef des polnischen Generalstabes den Krieg gegen die Rote Armee organisierte. Wengand steht auch heute in Frankreich in enger Verbindung mit den faschistischen Organisationen. Er ist eine wichtige Figur in der Schmiebung der Kriegspläne gegen die Sowjetunion.

# Hungersnot in Indien

Bombay, 7. Januar. Infolge tiefer Überschwemmungen ist in dem Distrikt von Brahmanbania eine große Hungersnot ausgebrochen. Mähernten und Viehheuden sind als Folge monatelangen und immer wiederholten Hochwassers eingetreten.

Die ungeheure Not der Bauern im Hungergebiet hat dazu geführt, daß aus allen Dörfern des Distrikts die Bauern in die Hauptstadt Brahmanbania zogen, um bei den Behörden ihre Forderungen vorzubringen. Die Bauern waren zum großen Teil so ausgehungert, daß sie den Weg zur Distrikthauptstadt nur mit großer Mühe zurücklegen konnten.

Die Behörden, die bisher keinerlei ernsthafte Schritte gegen die ungeheure Not der Bauern unternommen haben, suchten die Delegation der Demonstranten mit leeren Worten abzuweisen.

Die Erregung unter der Bauernschaft des ganzen Gebietes ist ungeheuer groß. In das betroffene Gebiet wurde Militär entsandt.

# Streit bei General Motors in Japan

TU. Tokjo, 7. Januar. Die japanischen Arbeiter der Automobilfabrik General Motors sind am Montag in den Streit getreten. Sie fordern Lohn erhöhungen und die Einführung des Achtstundentages.

# Ein Bergarbeiter kämpft um sein Leben

Stclair Lewis, der auch in Deutschland bekannte amerikanische Schriftsteller, hat während des Prozesses gegen Salvatore Accorsi, der des Mordes an einem Polizeibeamten angeklagt war, den Bericht für den „American Labour Rem Service“ (Arbeiter-Rachrichtendienst) gemacht. Wir entnehmen nachstehende Schilderung dem „Daily Service“, London.

## Pittsburgh:

Ein düstres Zimmer mit harten Mauerwänden, sehr hoch, die einzige Dekoration ist ein Eichenholztisch, die noch härter wirkt als die Mauern. Ein jüdischer Raum, in dem kein anderes Interesse herrscht als die harte Form des Gesetzes; eine Gesetzesfabrik, deren nüchternen Eindruck noch verstärkt wird durch die Schläge der Rieter, die vom Neubau des Allegheny-Kreisgebäudes auf der anderen Seite der Straße herüberhallen.

Das ist der grimmige Ort, an dem ein unschuldiger Mann, Salvatore Accorsi, angeklagt des Mordes an dem Polizeibeamten Downen von der Pennsylvania-Staatspolizei, seit einer Woche um sein Leben kämpft, wo er bis zu dem 13. Dezember, an dem kein Freispruch erfolgte, Auge im Auge gegenüberstand einer Reihe fettschultriger, verschlagener Leute mit kalten Augen — der Polizei.

## Auf der Anklagebank.

Die hiesige Hearst-Presse beschreibt Accorsi als „erregbar“. Nun, auf der Anklagebank, in der nicht gerade sehr angenehmen Position, daß es hier nur um sein Leben geht, wobei der mächtige Staat Pennsylvania alles daran setzt, ihn „zu kriegen“, wurde er dem Staatsanwalt gegenüber auch einmal heftig. Mit einem Mut, der die sanften, tintenbelebten Seelen der Schreiberlinge am Pressebisch erschreckte, sagte er dem Staatsanwalt, daß er wisse, er sei das Opfer eines Justizkomplotts und erwarte das Schlimmste von seinen Richtern.

Noch während des ganzen weiteren Verlaufs der Verhandlungen war Salvatore der ruhigste Mensch im Gerichtssaal. Während Rechtsanwände und Zuschauer, Reporter und Polizisten sich in ihren Stühlen wanden und vor Nervosität mit ihren Pfeistiften spielten, sah Salvatore aufrecht und unbewegt, ein ruhiges Lächeln auf seinen Lippen — es lag kein Hauch von Verzweiflung darin, sondern allein die Sicherheit der Schuldlosigkeit.

# Zichermongzenfälscherprozeß in Leningrad

WTB. Leningrad, 7. Januar. In den nächsten Tagen beginnt in Leningrad die Prozeßverhandlung gegen eine monarchistische Gruppe mit dem ehemaligen Stabsritmeister Schiller an der Spitze; den Angeklagten wird Spionage und der Vertrieb gefälschter Zichermongzen zur Last gelegt.

Schiller gehörte seit 1922 der monarchistischen Organisation „Verband der Offiziere der Russischen Armee und Flotte“ in Danzig an und war der nächste Mitarbeiter des Generals Glasenapp, des Führers der Monarchisten und Anhänger des ehemaligen Großfürsten Kyriil Romanow. Im Laufe mehrerer Jahre war Schiller Leiter der Transportstellen in Lettland, Finnland und Estland, die sich mit der Beförderung monarchistischer Literatur nach der Sowjetunion beschäftigten.

Im Jahre 1928 begab sich Schiller im Auftrage Glasenapps illegal nach der Sowjetunion, um Spionage zu treiben, monarchistische Organisationen zu schaffen und im Auslande gefälschte Zichermongzen abzugeben.

Aus seinen ehemaligen Regimenterkameraden — den Offizieren Geier, Kartaschow, Fedotow u. a. — bildete er besondere Gruppen, die sich eifrig mit dem Vertrieb ge-

fälschter Zichermongzen befaßten. Es gelang Schiller zweimal, aus dem Auslande erhebliche Posten gefälschter Zichermongzen nach der Sowjetunion einzuschmuggeln.

Alle Mitglieder der monarchistischen Gruppe sind verhaftet und werden jetzt vor Gericht gestellt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Stabsritmeister Schiller sich als Kumpan der Berliner Zichermongzenfälscher entpuppen wird. Vielleicht wird der Leningrader Prozeß derartige Enthüllungen bringen.

# Vor neuen Aufständen in Samoa?

TU. London, 7. Januar. Einer Meldung aus Auckland aus Neuseeland zufolge hat das Flaggschiff der neuseeländischen Marine, der Kreuzer „Donedon“ Anweisung erhalten, sofort nach Suva auf den Fidji-Inseln auszulassen und dort zu bleiben für den Fall, daß weitere Unruhen auf Samoa seine Anwesenheit dort notwendig machen sollten. Suva liegt etwa 800 Meilen von Samoa entfernt.

Presse, sehr angenehm im Benehmen und Sprache. Und ich nehme an, daß sie nur ihre Pflicht taten, wenn sie das ihrige dazu beitragen wollten, Salvatore auf den elektrischen Stuhl zu bringen — obgleich es schwer zu verstehen ist, warum sie gerade das als ihre Pflicht auffassen sollten. Und Mr. Langfitt unterwirft wirklich eigentlich die Verteidigung, wenn er die Geschworenen anbrüllte, sie sollten sich mal den Angeklagten anschauen, ein so gefährlicher Zeitgenosse sollte nicht frei herumlaufen dürfen — weil nämlich jeder Blick auf den Angeklagten den Geschworenen sagen mußte, der Mann ist kein Mörder.

## „Die harmlosen Burtschen“.

Ebenso wichtig wie diese Stars war auch eine Gruppe von Männern, die sich verschiedentlich im Raum verteilten — die Wächter des Friedens, die Verteidiger des Privatregiments, die Polizisten, Staatspolizei und Kreispolizei und Detektive von New York und andere Detektive und zweifellos auch ein paar private „Engel der Gerechtigkeit“, damit es ja an nichts fehle.

Und sie benehmen sich alle schrecklich forsch. Sie waren aufregend gutmütig gegenüber der Presse, der sie zeigen wollten, sie seien harmlose Burtschen und keine Kinderfresser. Sie hatten sogar ihre Uniformen, ihre Helme, Revolver und Patronebanden und was sie in Einbildung der Aktivität ihrer „Bataillon“ nennen — das ist die zweieinhalb Fuß lange Keule aus Hartgummi — zu Hause gelassen. Sie tragen gut gebügelte Zivilanzüge und elegante Krawatten. Sie schritten auf leisen Sohlen und versuchten freundlich auszufragen. Sie mischten sich überall in das Publikum und einer setzte sich dicht neben den kommunizistischen Reporter an den Verteidigungstisch.

## „Wir werden ihn schon kriegen“.

Über ihre kalten und heimtücklichen Blicke konnten sie nicht so gut mastieren, wie ihre ockerfarbenen Schultern. Und wie sie sich so in der letzten Reihe an die Brüstung lehnten und einander aus der Seite ihres Mundes Worte zuflüsterten, ohne den Kopf zu drehen, war es mir, als hört ich sie sagen: „Wir werden den Keil doch noch kriegen! Die Staatspolizei kriegt immer ihren Mann, jedenfalls immer einen Mann — and schließlich, was ist schon der Unterschied, ob es der „Wop“ ist oder „jener“!

\*) Wop = Schimpfnahme für eingewanderte Italiener in Amerika.

Er war ganz sicher, er müsse freigesprochen werden. Ganz selbstverständlich! Er war doch unschuldig! Aber wir ändern waren gar nicht so beruhigt wie er. Und von jetzt ab sollte Freitag, den 13. Dezember, nicht mehr als ein Unglückstag gelten, sondern als ein Tag des Triumphs, an dem ehrliche Geschworene, die meisten von ihnen waren aus der Arbeiterklasse, den Staatsfokalen ihre erste Niederlage versetzen und einem unschuldigen Mann die Freiheit wiedergaben.

Salvatore ist mächtig, lauber, mit feinen und gütigen Gesichtszügen. Niemand im Gerichtssaal sah weniger einem Mörder gleich. Seine Frau hat ein berberes Gesicht, ist eine kräftige Bäuerin und sie beide mit ihren drei Kindern, die während der ganzen sechs Monate der Untersuchungshaft auf ihn warteten, passen viel besser in einen italienischen Weingarten hinein als in diesen düsternen, nüchternen Saal, in die rauchige Atmosphäre des reichen Pittsburgh, unter dem Schatten einer abjurden und schrecklichen Anklage des Mordes.

## Die Verteidigung.

Die Verteidiger sind im merkwürdigen Kontrast gegenüber einander, arbeiten aber so glänzend zusammen, wie es selten geschieht in einem gerechten Kampf vor einem amerikanischen Gerichtshof. Jakob Margolis, der jetzt erst wieder zur Ausübung seines Rechtsanwaltsamtes zugelassen wurde, nachdem ihm vor sieben Jahren dieses Recht abgesprochen wurde, weil er sich im großen Streit der Stahlarbeiter 1919 auf der Seite der Streikenden gestellt hatte, groß und fröhlich, mit dem Kopf eines kämpfenden Löwen; John Henry, schmählich, zurückhaltend, ernst, der schon in seiner Erscheinung keine Abstammung als einer aristokratischen Juristenfamilie Marylands kundgibt, und der doch mutig und aufrichtig für die gerechte Sache eintritt wie Jack Margolis, der schon immer vorgezogen hatte auf Seiten der Arbeiter zu kämpfen und Schneirow, schlank, ein Träumer mit idealistischen Gesichtszügen.

In der ersten Reihe sitzt ein aufmerksamer Zuschauer, den alles interessiert, heiter, selbst nachdem Detektive ihn herausgeschleppt und nach Revolvern untersucht hatten, Max Salzman, der Vertreter der roten Hilfe, ohne deren Unterstützung Accorsi nur einen Offizialverteidiger gehabt hätte, der wie ein Hilfskämpfer den Sitz der Beurteilung nun unterläßt hätte.

Gegenüber an der anderen Seite des Tisches sitzen die beiden Assistenten des Staatsanwalts, Langfitt und der junge Kolton. D. sie waren sehr zuvorkommend gegenüber der

# Rund um den Erdball

## 12 Tote bei einem Eisenbahnunglück

### Schnellzug Tunis-Algier stürzt in den Abgrund

Aus Tunis wird berichtet, daß der Schnellzug Tunis-Algier im Departement Constantine, und zwar in der Nähe der Stadt Guelma, schwer verunglückte. Als der Zug über eine Brücke fuhr, entgleiste die Lokomotive, die Brücke selbst stürzte ein. Die Lokomotive, der Postwagen und zwei Personenwagen stürzten in den Abgrund, der etwa 50 Meter tief ist.

Nach einer weiteren Meldung aus Tunis sollen 12 Passagiere tot sein und über 20 schwer verletzt.

### Eisenbahnunglück in Spanien

Madrid, 7. Januar. In der letzten Nacht ist der D-Zug Sevilla-Barcelona unweit des Bahnhofes von Santa Cruz de Mudela auf einen stehenden Güterzug aufgefahren. Beide Lokomotiven wurden zerstört. Der Postwagen und der Speisewagen des D-Zuges wurden beträchtlich beschädigt.

Ein Beamter der Speisewagen-Gesellschaft wurde getötet.

Fünf Beamte sind schwer, sechs leicht verletzt. Außerdem wurden zwei Reisende verletzt.

### Brückenwärter verhindert Katastrophe

Aus Barcelona wird gemeldet, daß durch die Geistesgegenwart eines Brückenwärters der Schnellzug Paris-Barcelona vor einem großen Unglück bewahrt werden konnte.

In der Nähe von Casas Pedret hatte sich durch die starken Regengüsse der letzten Wochen ein großer Felsblock gelöst und war auf die Eisenbahnbrücke gestürzt.

Die Brücke wurde vollkommen zerstört.

Der Brückenwärter konnte jedoch den im gleichen Augenblick heranrappenden Schnellzug durch Lichtsignale noch zum Halten bringen.

Die Lokomotive stand nur einen Meter von dem Abgrund entfernt.

### Ein Pintermann der Tschertwongenzülfcher



Der im Jahre 1927 verstorbene Generalmajor Max Hoffmann

### Konserven . . .

In Nottingham in England hat kürzlich ein Dinner alter Damen stattgefunden. Nach dem Essen wurde ein Schönheitswettbewerb für Frauen über 60 Jahre ausgetragen, dabei ging die 82 Jahre alte Frau Marie White als Siegerin hervor.

Eduard Bernstein, der bekannte sozialdemokratische Führer, ist dieser Tage 80 Jahre alt geworden.

### Terminkalender mit Damen

#### Der Arbeitsplan des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes

Wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die „Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen“, gegen die Unternehmer kämpft, erfährt man, wenn man einen Blick in den Terminkalender der Ortsgruppe Berlin-Neukölln wirft. Da heißt es: „Die Sitzungen finden allgemein im Ortsgruppenheim „Deutsches Wirtschaftshaus“ statt. Der Maskenball wird in der Schulküch-Bahnhof-Bräuerei, Berlin S, gehalten.“

Dienstag, 7. Januar 1930: Vortrag: „Buchdruckerei und Verlag im Dienste des Kaufmanns“.

Dienstag, 21. Januar: Gemütliche Sitzung mit Damen.

Sonntag, 8. Februar: Eisbeisessen mit Damen.

Dienstag, 18. Februar: Gemütliche Sitzung mit Damen.

Sonntag, 8. März: Großer Maskenball.

Dienstag, 18. März, 22. April, 20. Mai, 17. Juni: Gemütliche Sitzung mit Damen.

Und die Gewerkschaftsfragen? Ruhig, meine Damen und Herren: Am 3. Juni 1930 hält ein Vertreter der Direktion der Gfha-Werke (Wurffabrikation) einen Vortrag über „Moderne Fabrikation“.

### Die erfreuten Journalisten . . .

#### So „kämpfen“ sie gegen die Zensur

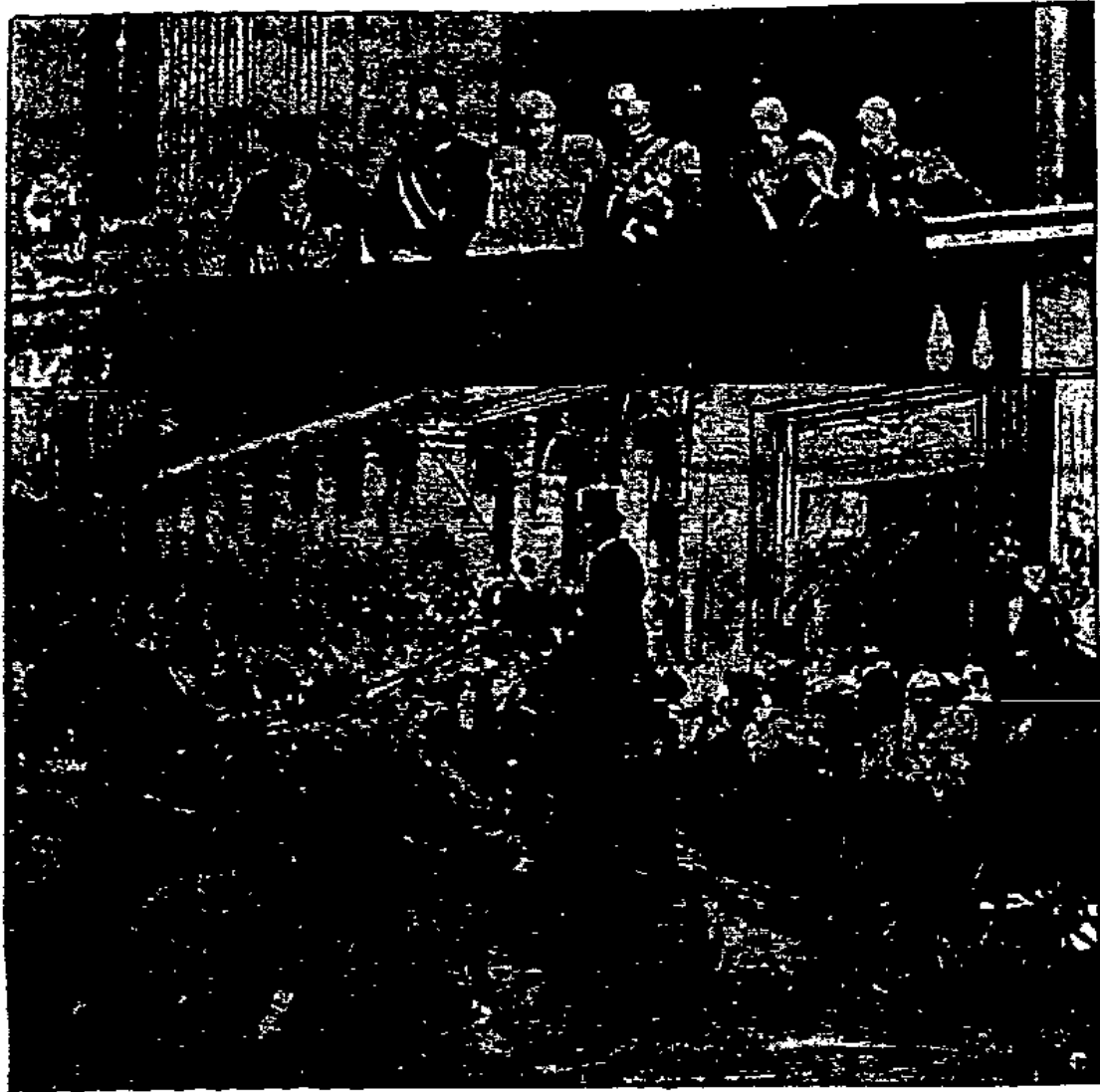
In Tokio hat ein amerikanischer Filmfabrikant einen Film zusammengestellt, der nur aus solchen Stellen besteht, die von der japanischen Zensur aus Gründen der „öffentlichen Moral“ verboten und herausgeschnitten worden sind. Der Film, der 900 Meter lang geworden ist, wurde nach der Meldung „einem gewählten, ausschließlich aus Journalisten bestehenden Publikum vorgeführt, das sich dabei kräftig amüsierte“. Die Journalisten haben dann darüber abgestimmt, wer am besten küssen konnte und John Gilbert und Lily Damita zu Meistküssern gewählt.

Die „erfreuten Journalisten“ haben dann diesen Film der japanischen Filmzensur zur Verfügung gestellt, die ihn in ihrem Archiv aufhebt.

Nichts kann besser die Verlogenheit der bürgerlichen Attitüde gegen die Zensur kennzeichnen, als diese Geschichte, wie sich die ausländischen Presseberichterstatter in Tokio amüsierten. Sie amüsierten sich im gewählten Kreise hinter verschlossenen Türen und stellen dann den Film der Zensur zur Verfügung.

### Zusammenstoß zweier Flugzeuge

Salvador (Texas), 6. Januar. Zwei Militärflugzeuge stießen in einer Höhe von 450 Metern zusammen und stürzten ab. Zwei der Insassen wurden getötet; zwei Personen sprangen mit Fallschirmen ab und kamen wohlbehalten auf dem Erdboden an.

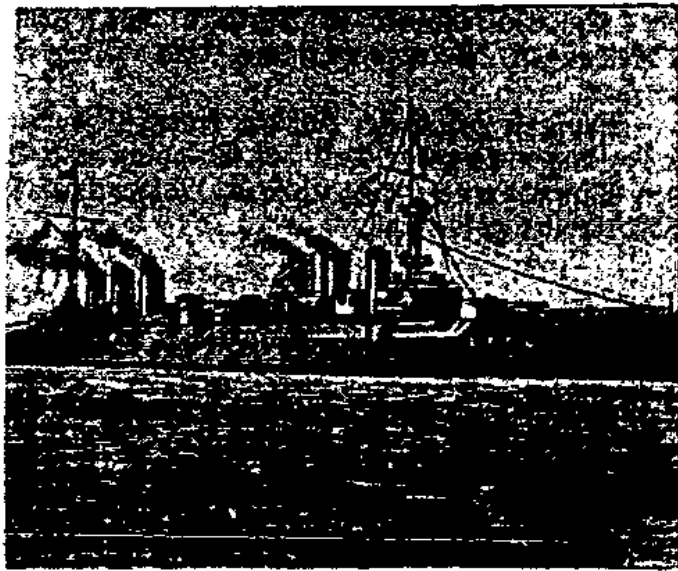


### Theater in Rom

Angeblich ist Rom in diesen Tagen von Jubel und Trübel über die Hochzeit des italienischen Kronprinzen mit der Prinzessin Maria von Belgien erfüllt.

Die römischen Arbeiter, die unter der faschistischen Diktatur verhungern, wenden sich von diesem Theater der gekrönten Puppentheater mit Fah und Verachtung.

### Der gestrandete Panzerkreuzer „Edgar Quinet“



Paris, 6. Januar. Die Bemühungen um die Wieder flottmachung des an der algerischen Küste gestrandeten französischen Kreuzers „Edgar Quinet“ werden fortgesetzt, doch fürchtet man, ihn nicht retten zu können. Der „Soir“ übt in diesem Zusammenhang Kritik am französischen Seelärtenwesen. Die bei der Marine benutzten Karten seien mehr als ein halbes Jahrhundert alt. Nach dem Schiffbruch des Dampfers „France“ habe man begonnen, sie zu revidieren, die Arbeit sei aber bald wieder eingestellt, mit der Begründung, daß sie nicht dringlich sei.

## Nur ein Dienstmädchen . . .

### Ehemaliger Kirchendiener veruppelt arbeitsloses Dienstmädchen an Bordell Behörde verhindert das schwerkrante Mädchen, dieses Haus zu verlassen

Die Hausangestellte Marie K. war in Wien in mehreren Haushaltungen in Stellung. Ihre letzte Stelle mußte sie jedoch verlassen, da sie infolge der schweren Arbeit lungenkrank geworden war. Sie wurde nach einer Lungenheilpflanze gebracht, als „geheilt“ entlassen, und stand nun ohne Verdienst und Obdach auf der Straße.

Eine „Freundin“ lud die Hausangestellte in ihre Wohnung ein und versprach, für sie zu sorgen. Statt dessen verließ sie die wenigen Habseligkeiten des Mädchens und wollte es zwingen, durch Straßenbekanntschäften Geld zu verdienen. Marie K. weigerte sich jedoch und begab sich zu einer Familie, wo sie früher angestellt war. Sie traf jedoch niemand zu Hause an. Dagegen überredete sie der Sohn des Portiers, der 19 Jahre lang Kirchendiener gewesen war, ihm Vertrauen zu schenken. Dieser Mann, der Bondy heißt, schickte das Mädchen zu seiner Schwägerin Therese Bondy nach Innsbruck. Diese Schwägerin betreibt ein Bordell, in dem Bondy selbst früher Direktor und Portier war.

Marie K. fuhr tatsächlich nach Innsbruck zu der Frau Bondy. In kürzester Zeit wurde sie von einer schweren Geschlechtskrankheit angefaßt.

Als sie das Haus verlassen wollte, wurde sie nach ihren eigenen Angaben von den Behörden daran gehindert. Schließlich gelang ihr doch die Flucht und sie kehrte nach Wien zurück. Augenblicklich befindet sie sich im Kloster-Neuburger Spital, wo sie noch schwerkrank dazuliegt. Gegen Bondy ist Anzeige wegen Verdachts der Kuppelerei erhoben worden.

Das Schicksal der Marie K. ist bezeichnend für die Not der weiblichen Hausangestellten, die sich vom frühen Morgen bis zur späten Nachtstunde für einen Hundelohn abquälen müssen und schließlich, wenn sie sich im Dienste ihrer „Herrschschaft“ eine

schwere Krankheit zugezogen haben, obdachlos auf der Straße stehen. Die bürgerliche Gesellschaft findet für sie dann nur noch den Ausdruck „gefallene Mädchen“.

### Eröffnung einer persischen Eisenbahnlinie

London, 7. Januar. Nach einer Timesmeldung aus Teheran hat der Schah von Persien vorgestern in Dschul den jüdischen Teil der transpersischen Eisenbahn eröffnet.

## Die Solinger essen gern Pferdefleisch

1923: 438 Pferde, 1929: 3484 Pferde konsumiert

Die Stadtverwaltung von Solingen hat kürzlich einige Zahlen über den Pferdefleischkonsum der Solinger Bevölkerung mitgeteilt. Nach dieser Statistik ist der Konsum von 438 Pferden im Jahre 1923 bis auf 1545 Stück im Jahre 1927 gestiegen. In der Woche vor dem 11. Dezember 1929 sind allein 87 Pferde geschlachtet worden. Das bedeutet für das ganze Jahr 1929 eine Schlachtungsleistung von 3484 Pferden!

Der Pferdefleischkonsum ist demnach seit dem Hungerjahr 1923 um 800 Prozent gestiegen!

Nichts kennzeichnet besser den traurigen Ernährungszustand der werttätigen Bevölkerung, als diese Zahlen über den Verbrauch von Pferdefleisch.

Und was sagt die sozialdemokratische Solinger Zeitung dazu? Sie kommt zu dem Schluß:

„Es sieht sehr, daß der Solinger immer eine besondere Vorliebe für Pferdefleisch gehabt hat. Das war vor dem Krieg schon so.“

„Jetzt wissen wenigstens die Solinger Proleten.“ So schreibt die „Bergische Arbeiterstimme“, das Organ der KPD, „die Proleten, die um ihre Weibchensunterstützung gedrückt wurden, die durch den Abbau der Erwerbslosenunterstützung zum Hungern verurteilt werden, warum mehr Pferdefleisch verbraucht wird.“

„Es schmeckt ihnen besser als ein Schweinsillet, eine Kalbleule, ein Rehbraten oder ein gebadenes Huhn.“



# Waldenburger Bergland

## Arbeiterkorrespondenten, Kolporteurs des „Schlegel und Eisen“

Am Sonntag, dem 12. Januar, findet im „Obelstein“, Waldenburg, eine Arbeiterkorrespondentenkonferenz statt. Beginn pünktlich um 15 Uhr. Auf Nachzügler wird nicht gewartet. Arbeiterkorrespondenten, erscheint reiflos. Am selben Sonntag soll auch eine Aussprache mit den Kolporteurs des „Schlegel und Eisen“ stattfinden. Die Kolporteurs aus dem unteren Revier nehmen an der Konferenz im „Obelstein“ teil. Die Kolporteurs aus dem oberen Revier kommen um 18,30 Uhr nach Gottesberg in die „Halle“ (Topfmarkt). Die nichtverkauften Exemplare der Zeitung sind bestimmt mitzubringen. Ein Vertreter der Redaktion ist in beiden Sitzungen anwesend.

Die Berichte für die nächste Nummer von „Schlegel und Eisen“ müssen bis spätestens Sonnabend in Breslau sein. Ausnahmeweise können sie auch zur Konferenz am Sonntag mitgebracht werden.

### Der Verkehrsunfall in Nieder-Salzbrunn

Von einem Augenzeugen erhalten wir folgende Schilderung zu dem gestern gemeldeten Unfall: Als der Bauarbeiter Pänke von Nieder-Salzbrunn mit seinem Fahrrad die Waldenburger Straße entlang kam und in die Alt-Sorgauer Straße einbog, fuhr ihm ein Motorradfahrer in die Flanke, sodass beide zu Fall kamen. Pänke und der Motorradfahrer erlitten Verletzungen. Der Soziusfahrer stürzte kopfüber auf den Bordstein und war sofort tot.

### Oberes Revier

Kuß, der „Gottesläufer“. An der bekannten Revue „Himmel, Hölle und auf Erden“ hat irgendein Gottesberger Spieler „öffentliches Vergernis“ genommen. Daraufhin ist gegen den Verfasser der Revue, den Genossen Kuß, ein Prozeß eingeleitet worden. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen.

### Schweidnitz

#### Und es rächt sich bitter...

Aus dem Textwert Siemens AG.

Ein Textilprolet schreibt uns: Obige Ueberschrift paßt zu unseren Verhältnissen. Stillstehend haben die Textilproleten bei der Ausrüstung das Unternehmer-Diktat angenommen, stillschweigend

lagen Hunderte von Textilproleten monatlang auf der Straße, stillschweigend willigte man in das Schichtenystem. Nur wenig Einfluß hat die Opposition, getreu folgt der überwiegende Teil der Belegschaft den Anrufen der Reformisten. Was die Opposition prophezeite, trifft nun ein. Trotz der Versprechungen der Unternehmerkattalen Rinner u. Co. wirkt man jetzt im neuen Jahre Hunderte von Proleten auf die Straße. Vielen ist gekündigt worden, weitere werden folgen. Ohnmächtig sieht die Belegschaft tatenlos zu, jeder hat Angst, der Nächste zu sein.

Warum? Ja, warum?

## Nochmals: Spezialkassa Wüstegiersdorf

Unter der sensationell aufgemachten Ueberschrift „Falschmünzer“ antwortet die „Dreiwacht“ auf unsere Artikel über die Spezialkassenausslösung bei der Firma Reher Kaufmann-Wüstegiersdorf. Es würde sich erübrigen, auch nur noch eine Zeile wegen diesem Geschwätz, welches von Entstellungen und Verdrehungen strotzt, zu erwidern. Denn die Belegschaft steht in dieser Frage geschlossen hinter den Forderungen unserer Genossen. Aber wir wollen auch den Unbeteiligten zeigen, wo gelogen und geschmiert wird. Was ist wahr?

Wir haben nicht im geringsten daran gedacht, den Sozialfaschisten Tauß für unsere Forderungen verantwortlich zu machen. Über seine Handlungswelt und seine Stellungnahme in dieser Frage zu brandmarken, betrachten wir als unsere Pflicht, und das werden wir auch künftig tun. In dem Artikel ist nicht ein Satz enthalten, wo wir Tauß für die Abstimmung unserer Vorschläge verantwortlich gemacht haben, sondern dem Gesamtvorstand haben wir den Vorwurf gemacht. Wörtlich heißt es in unserem Bericht: „So wie in der ersten, hat auch in der zweiten Versammlung, welche zu diesen Maßnahmen des Vorstandes Stellung nahm, der letztere (also der Vorstand) es nicht für notwendig befunden, eine Abstimmung vorzunehmen.“

Des weiteren wird behauptet, wir haben keine Vorschläge gemacht. Aber schon im nächsten Absatz greift man die Genossen Franz an wegen der von ihr gemachten angeblichen Vorschläge. Einen größeren Widerspruch kann es wohl kaum geben. Wir lassen die von der Genossin Franz gemachten Vorschläge hier folgen: Die Kasse ist auszulösen. Die 90 000 Mark sind, abgestuft, an die Mitglieder zu verteilen. Und zwar nach folgender Abstufung: bei zehn- bis zwanzigjähriger Mitgliedschaft, bei zwanzig- bis dreißigjähriger Mitgliedschaft und an die Pensionäre. Mitglieder, welche noch nicht zehn Jahre Mitglied sind, sollen freiwillig zugunsten der Alten verzichten, da auf Grund der Rationalisierung gerade die Älteren zuerst auf

Strassenpflaster geworfen wurden. Keine Entschuldigung, daß man das eben auf Grund der wirtschaftlichen Lage in Kauf nehmen müsse. Im Gegenteil. Genossin Franz hat die Ursache der Entlassung der älteren Arbeiter angeprangert und die Verantwortungslosigkeit der Firma in dieser Frage gebrandmarkt. Die Worte, die man der Genossin Franz unterschiebt, hat der Direktor Lange gebraucht. Zu den Vorschlägen selbst versucht man es so hinzustellen, als ob sie ein Schaden für die Arbeiter wären. Nach unserem Vorschlag erhalten ungefähr 500 Belegschaftsmitglieder und 800 Pensionäre eine ihrer Beitragsleistung angemessene Abfindung, und nur ungefähr 200 Arbeiter, die nach 1923 eingestellt worden sind, verzichten freiwillig. Aber nach den Vorschlägen des Vorstandes, die gerade von Tauß der Belegschaft aufs wärmste empfohlen wurden, erhalten nur die jetzigen Pensionäre (300) ihre Pensionen, welche noch um 20 Prozent abgebaut worden sind, weiter, und zwei Prozent der in der nächsten Zeit zur Entlassung kommenden älteren Arbeiter über 55 Jahre, wenn sie weniger als 25 Jahre im Betriebe, und die unter 55 Jahre, wenn sie mehr als 20 Jahre beschäftigt waren, eine Abfindung von 20 Mark. Alle sonstigen Vergünstigungen kommen in Wegfall. Wo ist da die Ungerechtigkeit? Eine unsozialere Verteilung als die des Vorstandes kann gar nicht gemacht werden; denn 800 Arbeiter insgesamt werden dadurch um ihre jahrelang hindurch eingezahlten Beiträge geprellt. Und die Verantwortung dafür trägt vor allem Tauß, der als Vertreter der Arbeiter die Stellungnahme der Firma vollständig bedekt.

Das ist die Wahrheit. Arbeiter, nun urteilt selbst, wo die Falschmünzer sitzen. Gebt diesen Verleumdern und Lügner den verdienten Denzettel bei den kommenden Betriebsratwahlen sowie bei den Wahlen der Delegierten zur Filial-Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes. Stärkt die revolutionäre Opposition in Betrieb und Gewerkschaft!

## Lebensgefährlicher Andrang beim Liegnitzer Arbeitsamt

### Frauen fallen in Ohnmacht und bekommen Krämpfe

Die Arbeitslosigkeit in Liegnitz ist in dauerndem Steigen begriffen. Das Arbeitsamt auf der Baumgartstraße reicht bei weitem nicht mehr aus. Der Hof kann die Schlangen der zum Stempeln kommenden Erwerbslosen nicht mehr fassen. Hundert Meter weit stehen daher die Erwerbslosen noch auf der Straße, warten stundenlang in Sturm und Regen, um bestenfalls noch von einem, an der warmen Zentralheizung stehenden Angestellten angefaucht zu werden. Noch gefährlicher ist es im Hause selbst. Die Treppen sind belagert von denen, die noch nicht geknabelt haben. Wer fertig ist, muß am Treppengeländer herabjonglieren, um nur das Freie zu erreichen. Lebensgefährlich wurde es am Freitag, dem Haupttag. Eine Frau wurde ohnmächtig, eine andere bekam Krämpfe. Zuletzt mußte das Sanitätsamt die Betroffenen abtransportieren. Warum kümmert sich hier niemand darum und sorgt für Abhilfe? Weder Direktor Nitzsche noch irgendeine andere verantwortliche Stelle hat hierfür Interesse! Herr Kirchner hängt nur sein berühmtes Schildchen an die Türe zu seinem Zimmer: „Heute keine Sprechstunde“, und du, Prolet, kannst ja stehen.

Warum stellt man von den zahlreichen erwerbslosen Kaufmännischen Kollegen nicht jenseit ein, um ein reibungsloses Abfertigen zu ermöglichen. Die Ausrede, das Gebäude ist zu klein dazu, gilt hier nicht. Man kann sehr gut die Scherle-Turnhalle, die auf demselben Grundstück steht, zu diesem Zweck verwenden; vor einigen Jahren war das auch schon der Fall. Will man warten, bis das neue Amt in der Charthaus in Angriff genommen wird? Vermutlich wird man bis dahin noch viele vor Kohldampf gestorbene Proleten nach Heden schaffen.

Eine andere Notwendigkeit ist die, den Frauen die Unterstützung am Nachmittag zu zahlen. Erstens würde das Arbeitsamt bedeutend dadurch entlastet, zweitens bräuchten die Frauen nicht stundenlang in

der Hauptarbeitszeit, wo sie für die Familie lochen müssen, nutzlos stehen. Bei dieser Gelegenheit sei auch etwas über das „famose“ Fräulein Hilbrich gesagt, eine „Perle“ von einer Vermittlerin. Wohlgenährt sitzt sie hinter ihrem Tisch und brüllt die Frauen bei der geringsten Kleinigkeit an. Jede Gelegenheit ist ihr recht, um die ohnehin schon kleinen Unterstützungssätze der Frauen zu kürzen. Wer fünf Minuten zu spät zum Stempeln kommt, erhält diesen Tag nicht bezahlt. Sind aber die Frauen mal am Haupttag, da das Geld dringend gebraucht wird, eine halbe Stunde früher da, dann ist ein Donnerwetter los. Ohne Rücksicht auf Sturm und Regen müssen die Frauen warten, ungeachtet der Kälte preisgegeben, trotzdem Fräulein Hilbrich vor Langeweile nicht weiß, was sie anfangen soll. Sie sitzt ja warm und kommt sich im Bewußtsein ihrer Macht. Jedem Menschen reizt einmal die Gebuld. So auch am vergangenen Freitag, wo die erwerbslosen Kolleginnen dieses Fräulein Hilbrich aus ihrer Bude holen wollten. Vermutlich wäre es ihr dann sehr schlecht gegangen, wenn den Frauen ihr Vorhaben geglückt wäre. Aber es war unmöglich, auch nur einen Schritt ins Arbeitsamt zu tun, vor oben bis unten war alles von Erwerbslosen gedrückt voll. Neuerdings hat Fräulein Hilbrich einen „Bataillonsbefehl“ herausgegeben, daß die Stempelarten nicht umgedrückt werden dürfen. Im Uebertretungsfalle soll auch ein Tag abgezogen werden! Es fehlt nur noch, daß die Frauen dieses republikanische „Repräsentationsstück“ einzeichnen lassen müssen, damit dem Fräulein Hilbrich das „ästhetische Empfinden“ nicht gekört wird. Im übrigen raten wir allen Angehörigen des Arbeitsamtes, den Erwerbslosen etwas höflicher entgegenzutreten und sie nicht noch in ihrer Notlage zu verhöhnen. Sonst kann es eines Tages passieren, daß die erbitterten Erwerbslosen zur Selbsthilfe greifen.

## Unerhörtes Unsinnen der Grünberger Textilunternehmer

### Textilarbeiter, organisiert den Kampf, erscheint in Massen zur öffentlichen Versammlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition am Freitag im „Goldenen Frieden“

Angespornt durch den dauernden Verrat der Gewerkschaftsbürokratie im letzten Textilarbeiterkampf, gehen die Unternehmer, unbedürftigt des besüchtenden Tarifvertrages, zu weiterem Lohnabbau über. Am 21. Dezember wurden die Arbeiter der DWR und der Firma Janke angeblich wegen Arbeitsmangels entlassen. Jetzt stellt sich plötzlich heraus, daß Aufträge vorhanden sind, aber diese können nur durchgeführt werden, wenn gleichzeitig ein Lohnabbau erfolgt. Die Unternehmer wollen den Arbeitern vorantreiben, daß nur Arbeit unter billigen Angeboten zu bekommen ist. Wie sieht es in Wirklichkeit? Textilarbeiter, hört: Der neue Abbaudirektor Hannad von der DWR erklärt, die Firma habe 9 Millionen Mark Schulden, während die Firma Janke einem Korruptions-Ekandal zum Opfer gefallen sei. Das sind, wie überall, die Begleiterscheinungen des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft, hervorgerufen durch die planlosen Wirtschaftsmethoden und märchenhaften Gehälter der Direktoren. Das einzige Mittel zur Aufrechterhaltung ihres morschen Systems sehen die Kapitalisten in dauerndem rückwärtsgehenden Lohnabbau und verschärften Rationalisierungsmethoden auf Kosten der Arbeiter. Wie ein Hofa gegenüber der Arbeiterchaft, aber wie ein Löw auf den „Hölen und Partien“ Textilarbeiterverband klingt es, wenn Direktor Hannad beschreibend feststellen darf, daß es ihm im letzten Jahre bereits gelungen ist,

diesen Mehr-Profiten hat zweifellos der vom Sozialdemokraten Düssel am 9. Juli gefällte Schandschiedspruch wesentlich beigetragen. Aber nicht genug damit. Hannad baut weiter ab. Warum auch nicht? Der will ihn daran hindern? Etwas der traditionelle Betriebsratsversteher und Stadtrat Apelt, oder etwa ein anderer Donje, wie der Gaulleiter Freisch, der im Textilarbeiterkampf gegen die Unterstützung der kämpfenden Textilarbeiter im Preußischen Landtage stimmte? Der Plan des Direktors Hannad sieht einen Lohnabbau bis zu 25 Prozent für alle Abteilungen vor. Textilarbeiter Grünbergs! Ihr seid der Prüffein, von euch hängt es ab, ob der Abbau generell für die gesamte Textilindustrie durchgeführt wird oder nicht. Von euch kann abgewehrt werden der Anschlag der Unternehmer zur weiteren Verschlechterung eurer Existenz. Nicht Abbau sondern Aufbau der Löhne. Unter dieser Parole trefft die Vorbereitungen zum Kampf. Wählt eine Kampfleitung aus Massenbewußten revolutionären Textilarbeitern. Erscheinet in Massen zur öffentlichen Versammlung am Freitag, 20 Uhr, im „Goldenen Frieden“.

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

### Görlitz

Alle Parteigenossen sowie die Genossen der befreundeten Organisationen, die sich an einer Tagungsbeteiligung für die Lenin-Feier beteiligen wollen, melden sich bis Mittwoch in der Geschäftsstelle, Lunitz 6.

Gemeindevertreterwahl in Weißdorf. Am Freitag fand die zweite Gemeindevertreterwahl seit der Neuwahl statt. Sie beschloß sich mit den Neuwahlen des Gemeindevorstandes, der Schöffen und

der verschiedenen Kommissionen. Der bisherige bürgerliche Gemeindevorsteher Förster wurde mit 13 Stimmen der Bürgerlichen wieder gewählt. Bei der Schöffenwahl erhielten die Bürgerlichen 3 Sitze, die Sozialdemokraten 2, Kommunisten keinen Sitz. Beim Punkt Verschiedenes begründete Genosse Heim einen Antrag der Erwerbslosen, worin sie eruchten, beim Gemeindevorsteher stempeln gehen zu können wie im Vorjahre, und nur einmal die Woche nach Lauban. (Jetzt muß die Woche dreimal nach Lauban gepilgert werden.) Dem wurde sogleich stattgegeben, daß nach halbjährlicher Rücksprache Lauban beim Gemeindevorsteher wie im Vorjahre die Sache ausführen wird. Der bürgerliche Gemeindevorsteher nicht wandte sich zum Schluß in heftigen Worten gegen die „Arbeiter-Zeitung“. In einem Artikel von der vorhergehenden Sitzung wurde er von ihr angegriffen, und das hatte ihn und seinem Gefinnungsfreund Benisch sehr wehe getan. Genosse Heim erwiderte ihm, daß unsere Presse nur der Wahrheit entsprechend berichte und wir das auch in Zukunft unbedünmert weiter tun werden. Anwesend waren ungefähr zwanzig Zuhörer. Hoffen wir, daß das gezeigte Interesse der Erwerbslosen noch gesteigert wird und sich in jeder Sitzung eine große Anzahl einfindet.

### Lauban

#### Den Stiefvater erschlagen

In Nieder-Schönbrunn geriet am Montagmittag der 20 jährige Landwirt Erwin Dominik mit seinem Stiefvater, dem Landwirt Eisler, bei der Förterung von Familienangelegenheiten in Streit. Eisler ging gegen seinen Stiefsohn tödlich vor, worauf dieser seinen Stiefvater mit einem Hammer mit solcher Wucht auf den Kopf schlug, daß die Schädeldecke völlig zertrümmert wurde. Eisler verstarb im Görlitzer Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

### Lüben

Wer ist an dem Selbstmord schuld? In Oberau erhängte sich das noch nicht 16 jährige bei Reiquitsdorfer M. Kühn bedienstete Mädchen Maria Engel in der Scheune.

### Glogau

Noch ein Jugendselfmord. Aus noch unbekannter Ursache erschloß sich hier ein junger Mann.

### Sagan

#### Saganer Allerlei

Wie wir erfahren, hat Herr Brüggelmann (Firma Werber & Sohn) vielen Angestellten die Kündigung zugestellt. Besonders sind ältere Angestellte, d. h. solche, die lange Jahre bei der Firma in Arbeit standen. Den jüngeren Angestellten soll Herr Brüggelmann einen Reders zur Unterschrift vorgelegt haben, wonach dieselben jetzt sowie für die Zukunft auf eine Gratifikation verzicht leisten. Wer nicht unterschreibt, nun der kann ja gehen. Denn genannter Herr soll sich auch geäußert haben: Angestellte bekomme er fürs halbe Geld, und zwar jenseit, daß er gar nicht Platz für alle habe. So wie es jedem Arbeiter ergeht, so macht man es auch hier. Hoffentlich erkennen die Angestellten den Ernst der Situation. Am Sonnabend findet bei Zingel, Baberstraße, eine Mitgliederversammlung der Internationalen Arbeiterhilfe statt. Beginn um 20 Uhr. Es wird wahrscheinlich der Genosse Kobens, Breslau, der Vorsitzende des Landesauschusses, anwesend sein. Wichtige Tagesordnung. Jedes Mitglied muß erscheinen und bringe Sympathisierende mit.

### Aus dem Riesengebirge

Arbeiter, Ausgesteuerte und Betriebsarbeiter  
Heraus zur öffentlichen Erwerbslosenversammlung am Mittwoch, dem 8. Januar, um 20 Uhr, im „Berliner Hof“.  
Referent Genosse Kobens, Breslau. Arbeiter von Hirschberg, erscheint zahlreich!  
Der Erwerbslosenauschuss.

insolge seiner Rationalisierungsmethoden 770 000 Mark eingesparrt.  
daron sind eingepart durch den Abbau der Angestellten 320 000 Mark, bei den Arbeitern wurden 100 000 Mark gespart, und durch Abbau der Hochleistungsleistungen wurden 250 000 Mark eingepart. Zu

# Oberschlesien

## Gleiwitz

### Stadtrat Uger als Spezialist im Verkehrswesen

Das fünfte Jahr bereits besteht in Gleiwitz ein städtischer Autobusverkehr. In letzter Zeit beunruhigte der Verkehrsbezugener Uger die Bevölkerung in einem fort. Zunächst sah er latentlos zu, wie die Kleinbahn-Gesellschaft alle Verkehrsströme von Gleiwitz zu gleicher Zeit aufgriffen hat. Obwohl die Kleinbahn ohne Unterbrechung fahren konnte, mußten gerade die Einwohner aus den eingemeindeten Orten feststellen, daß die Autobusfahrstellen fast täglich ohne vorherige Ankündigung geändert wurden. So manches alte Mütterlein mußte an Markttagen schwer beladen 1-2 Stunden umherirren, um dann endlich in einen falschen Wagen zu steigen. (Die meisten Wagen haben keine Beschriftung.)

Raum, daß dieser Uger behoben war, hat Herr Uger die Fahrpreise erhöht. Gleich 50 Prozent wurden pro Zellstraße zuge schlagen. Nachdem die Werktätigen es ablehnten, 45 Pfennig pro Fahrt zu bezahlen, sah er sich wohl gezwungen, auf 30 Pfennig herunterzugehen. Jetzt holt Uger zum letzten Schläge aus. Gerade die Linie 3 ist immer voll besetzt und kommt unseres Erachtens nicht nur auf ihre Rechnung, sondern muß bestimmt eine beträchtliche Summe als Reingewinn abwerfen. Die Linie 3, die seit Jahren halbstündlich nach Harnitz fährt, fährt jetzt nur noch stündlich bis Wel und alle zwei Stunden bis Müll. Wer soll jetzt nach der Stadt fahren, wenn er zwei Stunden warten soll? Es kommt uns vor, als ob Herr Uger gerne Weite machen wollte, weil seine Wagen nichts taugen.

Wir empfehlen Herrn Uger, nach der Wüste Sahara zu gehen. Dort kann er sich mit seinem Verkehrswesen austoben. Uns dagegen soll er ungeschoren und den Wagen stündlich bis Müll und halbstündlich bis Wel fahren lassen.

### Am 9. Januar Stadtverordnetenversammlung Heraus auf die Straße!

Am Donnerstag, dem 9. Januar, nachmittags 6 Uhr, treten die Stadtverordneten zum ersten Male zusammen, obwohl in den meisten Städten und Gemeinden bereits die zweite und dritte Sitzung stattgefunden hat. Wir haben wiederholt auf die Gründe hingewiesen, welche den Zentrumsmagistrat veranlassen, die erste Sitzung über Weisungen hinaus zu beschließen.

Die Anträge und Anfragen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion vom 1. Dezember waren es, die den Magistrat aus dem Schlafe weckten. Die Kommunisten verlangten unter anderem eine Wirtschaftsbeihilfe für alle sozial Hilfbedürftigen, einen Wochen-

lohn für sämtliche häuslichen Arbeiter und Angehörigen, ferner sofortige vollständige Beleuchtung von Straßen und Plätzen.

Die Tagesordnung, welche uns vorliegt, flieht von all den Anträgen und Anfragen der kommunistischen Fraktion nichts vor. Der Oberbürgermeister mit all seinen Partnern von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen will bei der Eröffnungssitzung ungeschoren sein. Sie wollen gern nach einer programmäßig ruhig verlaufenen Sitzung sich bei einem Glase Bier und Wein gütlich tun.

Die Kommunisten werden auf die Beratung ihrer Anträge nicht verzichten und sie erneut einreichen. Die Erwerbslosen, Angehörigen und sozial Hilfbedürftigen werden aufmerksam sein. Der Protestschrei der Massen auf dem Ringe wird sich nach dem Sitzungsfall wenden, und die Kommunisten, als die einzigen Arbeitervertreter, werden zur selben Zeit Verbindung mit dem Zentrumsmagistrat halten.

Arbeiter! Misset zur wichtigen Protestdemonstration! Um 5 1/2 Uhr Antreten auf dem Germania-Platz.

## Oppeln

### Proletarischer Frauenabend

Freitag, den 10. Januar, um 19.30 Uhr, findet im Schützenhaus (Oberstadt) ein proletarischer Frauenabend statt. Das Programm sieht vor: Mandolinentonart, Ansprache, „Arbeiterin, wir kommen zu dir“, Lenins Lieblingslied (Gästebuchvortrag), „Zwei Arbeiterinnen“ (ein Prologspruch), Mandolinentonart, 3. D. 3. und die „Internationale“ (gemeinsamer Gesang). — Wir laden alle Frauen und Mädchen dazu ein. Eintritt frei.

## Kreuzburg

„Graf, die kommunistischen Arbeiter pfeifen auf Ihre Weihnachtsgeschenke“

Der Graf „Betusi Gud“ auf dem Gute Bankau verleiht Weihnachtsgeschenke an die Kinder der Landarbeiter. Auf dem Gute befinden sich viele Landarbeiter, die ihre Stimme bei der letzten Wahl nicht der Partei des Grafen gaben, sondern der kommunistischen Partei. Bei der Verteilung der Weihnachtsgeschenke kamen nur in Frage die Kinder der Stahelmer und derjenigen, wo der Graf merkte, daß die Eltern deutschnational geneigt sind. Er meinte, für die Kommunisten habe er nichts, die sollen sich aus Rußland ihre Geschenke holen. Ja, Graf, zahlen Sie Löhne, da brauchen Sie keine Geschenke an die Kinder verteilen.

# Nationalisierung in der Landwirtschaft

Wir veröffentlichen den Artikel eines schlesischen Landarbeiters, der insbesondere im Zusammenhang mit der Lohnbewegung große Beachtung verdient.

Die Redaktion.

J. S. Gleichzeitig mit der Nationalisierung in der Industrie vollzieht sich, wenn auch in langsamerem Tempo, die Nationalisierung in der Agrarwirtschaft. Welches Interesse der kapitalistische Staat auch an der Entwicklung der agrarischen Großunternehmen hat, geht daraus hervor, daß durch das sogenannte „landwirtschaftliche Notprogramm“ der Staat aus öffentlichen Mitteln 300 Millionen zur Verfügung stellte, um den Nationalisierungsprozeß auch hier in Fluß zu bringen. Wenn man nun einen kurzen Rückblick halten will, so wird man ohne weiteres feststellen, daß schon in seinen Anfängen dieser Prozeß geradezu revolutionierend auf dem Gebiete der Technik in Erscheinung tritt. Durch Anwendung des Traktors („Traktor“ im Volksmund, auch „eisernes Pferd“ genannt) bei der Feldbestellung sehen wir, daß sich hier eine große Erparnis von Arbeitskräften bemerkbar macht, und auch auf dem Gebiete der Zucht ist eine wesentliche in Erscheinung tritt. Ohne auf all die kleineren technischen Einrichtungen einzugehen, sollen nur einige Beispiele genügen, um aufzuzeigen, in welchem Maße in nächster Zeit die Technik ihren Lauf nehmen wird. Durch Einführung des Mähreschers, deren es bis jetzt in Schlesien nur zwei gibt, wird sich zeigen, inwieweit auch hier in geradezu ungeheurer Weise an Arbeitskräften gespart wird, daß nämlich dieser Mährescher, der von nur zwei Mann technischem Personal bedient wird und nach Schätzungen und Feststellungen pro Tag 45 Morgen Getreide mäht, drischt, einfaßt, auf Kastenwagen selbstständig auf Lade und auch das Stroh gleichzeitig auf dem Felde belädt, welches dann durch chemisches Verfahren zu Dünger verarbeitet wird. Noch ist die Einführung dieser technischen Neuerungen sehr langsam, aber in kurzer Zeit wird sie Fortschritte machen, und es wird sich zeigen, daß genau so wie heute fast kein größeres landwirtschaftliches Unternehmen ohne Traktor zu verzeichnen ist, auch überall der Mährescher dazu beitragen wird, das langsame rückständige Verfahren, sein Getreide mähen, eimernten, im Winter drischen, das Stroh in Mist zu verarbeiten und den Mist wieder durch handtätige Arbeitskräfte auf das Feld zu bringen, in den Hintergrund stellen wird. Eine weitere Frage, die wohl noch in der Zukunft steht, aber vielleicht auch in aller nächster Zeit eine Rolle auf dem Gebiet der Technik spielen wird, ist die bis jetzt noch in der Entwicklung sich befindliche Kartoffelrodemaschine, mittels

der man hofft, durch technischen Ausbau, Aushebung der Kartoffeln bei gleichzeitigem Reinigen und Ausladen auf Kastenwagen, die bisher noch sehr zahlreich benötigten Arbeitskräfte, die zum Auflesen der Kartoffeln nötig waren, zu entbehren.

Eines steht heute schon fest, daß genau so wie in der Industrie auch in der Landwirtschaft, wenn auch etwas langsamer, die Nationalisierung in aller nächster Zeit entscheidende Fortschritte machen wird. Es gilt nun an Hand dieser Feststellungen und Tatsachen die Frage aufzuwerfen: Wer ist der Nutznießer dieser Nationalisierung und welche Folgen ergeben sich daraus für die Landarbeiterschaft sowie auch für die noch zum großen Teil in kleinstädtischen Illusionen lebenden Kleinbauern? Diese Frage vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus beantwortet, ergibt, daß im kapitalistischen Staatssystem die Nutznießer aller technischen Erfindungen lediglich die Besitzer der Produktionsmittel, also in der Industrie die Großindustriellen und in der Landwirtschaft die Großagrarien sind, während die Kleinbauern infolge der durch die Nationalisierung ganz logisch entstehenden Konkurrenz immer mehr und mehr das gleiche Schicksal erleiden, wie es in der Industrie der einst so „goldene“ Mittelstand erleidet. Nur im proletarischen Staat kommen die technischen Erfindungen und die Nationalisierung, wie das sehr deutlich der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion beweist, den werktätigen Massen zugute. Die Zukunft wird es beweisen, daß der Volkswirtschaft und die Schauerwürden der bürgerlichen und sozialistischen Presse über Vernichtung der kleinstädtischen Existenz in Sowjetrußland nur dazu da sind, um die kleinstädtischen und ländlichen Schichten vor dem Zusammenschlag mit der revolutionären Arbeiterklasse zurückzuführen. Offenlich werden die oben angeführten Tatsachen dazu beitragen, um auch diesen Kreisen, wenn sie nur eintigermassen einen Blick in die Zukunft werfen, zum Bewusstsein zu bringen, daß es für sie keinen anderen Ausweg gibt, als sich in die revolutionäre Klassenfront einzureihen oder, wie schon die Angelegenheiten zeigen, der vollkommenen Verschuldung und dem Untergang anheimzufallen.

Was die landwirtschaftlichen Arbeiter anbetrifft, so gilt für sie das gleiche wie es bereits die kommunistische Partei seit Einsetzen der Nationalisierung in der Industrie auseinanderzusetzen hat. Der Weg der Landarbeiter muß zur revolutionären Klassenfront gehen. Abstreifung aller Illusionen darüber, daß es möglich sei, daß nach Vollendung dieses Nationalisierungsprozesses höhere Löhne gezahlt werden, wie das die sozialistischen Gewerkschaftsführer behaupten und auch auf der fünften Generalversammlung des DDB am 2. Juni 1929 in Kiel zum Ausdruck brachten. Hier zeigt sich sehr deutlich, wie die Laten jener Scheinradikalen sogenannten „Landarbeitervertreter“ aussehen, die wohl in den Versammlungen den Landarbeitern die Nationalisierung der Landwirtschaft vor Augen führen, aber in der Tat das Los der Landarbeiter dadurch beschlechtern, daß sie dem immer mehr und mehr zum Saisonarbeiter herabsinkenden Landarbeiter durch ihre Zustimmung zur Arbeitslosenversicherung „reform“ eine 52 wöchige Aunwartschaftszeit beschert haben und dadurch einem großen Teil von durch die Nationalisierung betroffenen Landarbeitern die Unterstützungsmöglichkeit geraubt haben.

Deshalb, Landarbeiter und Kleinbauern, reißt euch ein in die Kampffront gegen die Nationalisierung, schließt euch zusammen mit dem revolutionären Industrieproletariat und den proletarischen Mittelschichten, kämpft unter der Führung der einzigen Arbeiterpartei, der K.P.D., für menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen den Steuerwucher der sozialistischen Koalitionsregierung, reißt euch ein in die kommunistische Partei, lest die kommunistische Presse, schult euch ideologisch für den Endkampf, für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und für die Errichtung eines Arbeiter- und Bauern-Deutschland!

Ohne Ihren Wagen, Graf, kann man auch die Trümmung vollziehen

Vergangene Woche heiratete eine Landarbeiterin auf dem Gute in Bankau. Sie hat den Grafen um einen Wagen zu ihrer Hochzeit. Der Graf sagte, Mädchen, du kriegst den Wagen, aber ich muß mich erkundigen, ob dein Brautgum nicht kommunist ist. Drei Tage vor der Hochzeit ging der Vater des Mädchens an den Grafen heran mit der Frage, wie es mit dem Wagen steht. Der Graf schmeichelte den alten Arbeiter an und sagte, für Kommunisten habe ich keine Wagen und du bist nicht, daß Kommunisten in meinem Wagen fahren. Aber die Methoden des Grafen sind die Landarbeiter sehr empört. Protesten, die Kommunisten rufen euch zu: Organisiert den Angriff! Dacht euch nicht! Vorwärts!

## Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

## Wolga, Wolga

Das Heldenlied Stenka Rasin  
Mit Bardenchor und Balalaika-Quintett

Wochenschau:

Melau, das Wattenmeer — Ernaushtes aus dem deutschen Wald

Jugend verboten! Erwerbslose bis 3.30 Uhr nur 25 Pf.  
Mit Besucherausweis Einheitsplatz nur 50 Pf.

## Schauspielhaus

Operettentheater  
Tel. 26 300  
Neu Mittwoch nachm. 4 Uhr  
**Rübezah!**  
Kindermärchen mit Gesang und Tanz in 8 Akten  
Abends 8 Uhr  
Letzte 3 Tage! Gastspiel  
Eise Kochhann v. d. Staatsoper Berlin  
Walt. Jankuhn vom Berliner Metropoltheater

## Die Bajadere

Operette v. E. Kalman  
Sonabend, 11. Januar  
Neu einstudiert!  
Der Betteleuden mit Walter Jankuhn u. a.  
Der Vorverkauf ist eröffnet.

## Circus Busch

Täglich 7 1/2 Uhr  
Heute 2 X  
5 1/2 und 7 1/2 Uhr  
Nachmitt. groß.  
Abend-Programm  
tel. extra kl. Preise  
10 Pf. b. 1.50 Mk.  
15 Attraktionen

## Merken sie sich

Im Lieblich-Theater  
Zauberchaus  
**KASSNER**  
und das  
gr. Varieté  
Täglich  
abends 8 1/2 Uhr  
und jeden  
Mittwoch nachmitt.  
4 Uhr  
kl. Preise 30 Pf. - 2 Mk.  
Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr  
kl. Preise 30 Pf. - 2 Mk.  
Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr  
kl. Preise 50 Pf. - 3 Mk.  
In allen Vorstell.  
a. Verschwinden eines lebenden  
Elefanten

## Stadtheater Breslau

(Opernhaus)  
Spielplan vom 4. bis 12. Januar 1930  
Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie B 10  
**Salome**  
Donnerstag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie E 10  
**Lesca**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnements-Vorstellung Serie C 10  
**Der Majestäts-Dienst**  
Sonabend, 20 Uhr  
**Der Ring des Nibelungen**  
Vorabend  
**Das Rheingold**  
Sonntag, 15.30 Uhr  
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen  
**Das Schicksal**  
20 Uhr  
**Die Geisha**

## Bekanntmachung

Die für Donnerstag, den 9. Januar 1930 festgesetzte Pfänder-Versteigerung findet nicht statt.  
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau o. m. b. H.  
C. m. e. s., Direktor.

**Masken u. Theater-Kostüme**  
neu u. preisgekrönt, verleiht billigst  
Größtes Spezialhaus  
**H. Wiersing, Breslau**  
Messergasse 50 — am Neumarkt  
Tel. 216 44

**Pfandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trednitzer Str. 21  
Verleihung v. Anzügen, Mänteln und Schmuckstücken

**Paul Nitsche**  
Breslau, Adolfstr. 14  
ff. Fleisch- und Wurstwaren

**H. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Frühstückstube empfiehl  
**C. Leopold**  
Schweidnitz, Saugstraße Nr. 8

**„Haltst Du nicht mit dem Tempo Schritt? Wolln Deine Nerven nicht mehr mit? Stehst Du vor dem Ruin? So hilf Kolaserrin!“**

Kolaserrin bildet den Abschluß einer 20-jährigen wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiete der Nerventherapie.

Gratisproben und Broschüren völlig unverbindlich und portofrei durch die Kolaserrin-Gesellschaft, Berlin W 50 / B 506, Marburger Straße 9.

Die Packung sagt alles!

Rubenschwarze Wäsche  
**Ruba-Seife**  
schnee weiß

### Das Zündholz in Politik und Technik

Der Aufbau des Zündholztrasts und sein weitgehender Einfluß dürfte in der deutschen Öffentlichkeit noch gar nicht genügend bekannt sein. Zum Verständnis dieser Tatsache läßt sich eine kurze Beschreibung mit der Chemie des Zündholzes allerdings nicht vermeiden. Die eigentliche Zündmasse der schwedischen Sicherheitshölzer muß zunächst eine Verbindung enthalten, die fähig ist, Sauerstoff abzugeben. Denn jeder Verbrennungsvorgang beruht chemisch auf der Vereinigung mit Sauerstoff. In der Zündmasse der Streichhölzer wird diese Aufgabe vom Kaliumchlorat, das auch in der Sprengstoffindustrie Verwendung findet, oder vom Braunstein erfüllt. Das notwendige Gegenstück ist ein brennbarer Stoff, der also den Sauerstoff aufnimmt. In unserem Falle sind das Schwefelverbindungen, meist die des Metalles Antimon, das Antimon-sulfid. Um die Entflammbarkeit des Zündholzes selbst, das man am besten aus weichem Erlen- oder Espenholz verfertigt, zu erhöhen, wird es noch mit Paraffin getränkt. Nun ist es sehr wichtig, daß sich das Streichholz nicht durch Zufall oder Unachtsamkeit — an beliebigen Flächen entzündet. Solchen Unglücksfällen soll der Zusatz von Bindemitteln wie Leim, Gummi vorbeugen. Die Reibfläche an der Außenseite der Schachtel besteht aus einem Stoff, der die Verbrennung einleitet (Phosphor, Eisenkies), und einem Körper, der die Reibung hervorruft (Glaspulver, Bimssteinpulver). Beim Antreiben des Holzchens an der Reibfläche wird von dieser etwas Phosphor losgerieben. Der Phosphor fängt mit dem Kaliumchlorat des Zündkopfs Feuer und bringt so die Masse des Zündkopfs, die brennbare Schwefelverbindung, zur Entzündung.

Der schwedische (besser: schwedisch-amerikanische) Zündholztrast umfaßt alle Fabrikationszweige, in denen irgendeiner der hier angeführten, für die Zündholzherstellung erforderlichen Stoffe erzeugt wird. Er ist — praktisch fast vollständig — von fremden Unternehmungen unabhängig. Außer den Zündholzfabrikationsstätten besitzt er eigene Maschinenfabriken, Sägewerke, Papierfabriken, Lithographenanstalten, elektro-chemische Anlagen; er ist Herr großer Wälder und einer Anzahl Kraftwerke; er kann mehrere Eisenbahnen und eine bedeutende Handelsflotte sein Eigentum nennen; und schließlich verfügt er auch über große Erzvorkommen. Die Trustgewaltigen haben nämlich erkannt, daß das Zündholz in absehbarer Zeit nur noch die Museen zieren wird. Die fortschreitende Elektrifizierung und Mechanisierung werden diesen uralten Feuerständer durch zeitgemäßere ersetzen. Dann will der Trust das Eisenerz in den Mittelpunkt seiner Produktionsstätigkeit ziehen. Schon heute kontrolliert er eine schwedische Gesellschaft, die die größte Eisenerzproduzentin der Welt ist. Und durch sie hat er zusammen mit dem schwedischen Staat die Kontrolle über die größten, augenblicklich ausgeschlossenen Eisenerzlager der Welt. Vor etwa einem Jahr hat er ausgedehnte Erzfelder in Nordafrika angekauft und an den gewaltigen chilenischen Erzlagern bei Algarroto Interesse genommen. Von demselben Gesichtspunkt dürfte der vor kurzem begonnene Aufbau eines riesigen Holz- und Zellulose-trasts zu betrachten sein, obwohl das Holz ja auch innerhalb der Zündholzfabrikation gebraucht wird. Die Zellulose, der Grundbestandteil des Holzes, ist Ausgangsmaterial für die Papier-, Kunstseide- und Sprengstoffindustrie.

Diesem Mammutunternehmen ist es gelungen, heute bereits 75 Prozent der Zündholz-Weltproduktion unter seine Herrschaft zu bringen. Wo ihm fremde Absatzgebiete durch hohe Einfuhrzölle versperrt waren, übersprang er diese Schranken, indem er — oft unter Ausnutzung der Währungskrisen in den Nachkriegsjahren — im Ausland selbst eigene Fabrikfilialen errichtete. Zur Durchführung seiner diktatorischen Gelüste genügt ihm jedoch diese „einfacheren“ Methoden des Kapital-exports noch nicht. Er erstrebt die völlige Monopolstellung auf den fremden Märkten. Tatsächlich hat er in elf Staaten Monopolverträge abgeschlossen bzw. an den Staatsmonopolen teilgenommen. Kraft seiner ungeheuren Kapitalmacht gewährt er den betreffenden Staatsregierungen finanzielle Unterstützungen. Man weiß aus der Geschichte der Kriegsentstehung, welche große politische Bedeutung diese Subventionierung fremder Staaten durch übermächtige Kapitalgruppen besitzt. Denn der hierbei verfolgte Zweck ist, die unterstützten Staaten in politische Hörigkeit von bestimmten kapitalistischen Interessengruppen zu bringen. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird jetzt die Segnungen des Zündholzmonopols zu spüren bekommen. In informierten Kreisen spricht man schon davon, daß der Monopolabschluß eine bessere Ausnutzung der Fabrikanlagen gestatten und die Rationalisierungserfolge in dieser Industrie erst zu ihrer vollen Auswirkung bringen wird. Es ist also damit zu rechnen, daß auch hier in verstärktem Maße Arbeitskräfte freigesetzt werden. Durch die im Monopol vereinbarte Preiserhöhung hat ferner die Masse der Verbraucher einen nicht unbedeutlichen Beitrag zur Erhöhung der Trustdividenden zu entrichten. Wenn man die äußerst zuverlässigen Schätzungen über den Zündholzverbrauch pro Kopf der Bevölkerung zugrunde legt, ergibt sich als Folge des deutschen Zündholzmonopols eine jährliche Massenbelastung von 25 bis 30 Millionen.

Überblicken wir die vom Schwedentrust finanzierten Staaten: Schweden, Lettland, Estland, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Griechenland, Portugal und Peru, so muß es auffallen, daß eine Anzahl von ihnen eine bestimmte geographische Uebereinstimmung aufweist: der größte Teil von ihnen gehört nämlich zu den sogenannten Randstaaten der Sowjetunion. Die „freundschaftliche“ Gesinnung von Polen, Lettland, Estland, Ungarn, Rumänien und der Sowjetunion gegenüber braucht hier nicht näher dargelegt werden. Die Vermutung, daß sich der Zündholztrust bei seinen gigantischen Finanztransaktionen von gewissen politischen Erwägungen leiten läßt, ist demnach außerordentlich naheliegend. Und in der Tat, die Sowjetunion ist heute der einzige ernstliche Konkurrent des Schwedentrusts. Die geschäftlichen Beziehungen werden weiter dadurch sehr getrübt, daß die Sowjetunion die Schulden des zaristischen Regimes annulliert hat. Diese Maßnahme läßt die Sowjetunion für die Trustgewaltigen überhaupt nicht ansehenswert erscheinen. Die schweren geschäftlichen Schädigungen, die das Bestehen der proletarischen Diktatur für den Zündholztrust verursacht, macht die eigenartige Anordnung der von ihm unterstützten Staaten verständlich. Damit rückt aber auch die gesamte Betätigung des Schwedentrust-Herrschers in die richtige Beleuchtung. Er offenbart sich als Organisator und Finanzier der antibolschewistischen Einkreisungspolitik.

### Zum Wohnproblem

Vor etwa Monatsfrist tagte in Frankfurt (Main) der „Zweite internationale Kongreß für neues Bauen“.

Als Vertreter der Anschauung, daß das Proletariat sich die elementarsten Lebensbedürfnisse — und dazu gehört neben Nahrung und Kleidung in erster Linie die Wohnung — erst noch erkämpfen muß, haben wir allen Anlaß, den Einzelheiten dieser Tagung erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Warum gerade dieser Tagung?

Zwei Tatsachen zeichneten diesen Kongreß aus: erstens das dort behandelte Hauptthema: „Die Wohnung für das Existenzminimum“, und zweitens die Teilnehmer — durchweg Vertreter der „modernen Architektur“, der Richtung also, die durch Namen wie Gropius in Deutschland und Le Corbusier in Frankreich ausgezeichnet ist. (Le Corbusier baut zurzeit in Moskau den „Zentrosoyus“-Palast, das Zentralverwaltungsgebäude der Sowjetunion, worüber wir im einzelnen noch berichten werden.) Es ist das unbestrittene Verdienst dieser Architekten, daß sie das Bauwesen von „heiligen Traditionen“ befreien und auf technisch sowie wissenschaftlich einwandfreie Grundlagen stellen wollen — Grund genug, daß das Bürgertum sich über diese „Neuerer“ aufregt. Natürlich hat diese Aufregung sehr materielle Grundlagen: das Bankkapital befürchtet nicht ohne Grund, daß eine erhebliche Verbilligung von Wohnungs- und Fabrikbauten durch Rationalisierungsmaßnahmen im Bauwesen eine erhebliche Entwertung der im Baubereich (als Hypotheken usw.) investierten Kapitalien mit sich bringt.

Das Thema der Frankfurter Tagung „Die Wohnung für das Existenzminimum“ ist in seiner Fassung insofern unklar, als der Lebensstandard, nach dem sich das Existenzminimum richtet, je nach Zeit und Ort verschieden ist, also keine einheitliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen gestattet. Es kann sich daher nicht darum handeln, für das vom Statistischen Reichsamt dem Proletariat theoretisch zugestandene Existenzminimum (das von den meisten gar nicht erreicht wird) eine Wohnung zu bauen, sondern umgekehrt festzustellen, welches Mindestmaß an „Wohnung“ jeder Mensch bzw. jede Familie haben muß und beanspruchen kann.

Es muß anerkannt werden, daß sich das Hauptreferat von Prof. Gropius (Berlin) über „Die soziologischen Grundlagen der Minimalwohnung“ in dieser Richtung bewegte. Nach Gropius verlangt die fortschreitende Differenzierung der menschlichen Arbeit und Gesellschaft eine zunehmende Vermehrung und Verkleinerung der selbständigen Wohneinheiten, fordert eine neue Prägung des Programmes der Minimalwohnung. Die Lösung kann nicht etwa einfach durch Verkleinerung der üblichen Wohnungen gefunden werden. Die Frage nach dem Wohnungsminimum ist verbunden mit der Feststellung des elementaren Minimums an Luft, Licht, Raum, das jeder Mensch braucht. Die Biologen, so führte Gropius aus, fordern für die Wohnung ein Maximum an Luft und Licht, dagegen eine geringere Menge an Raum. Als Forderung tritt auf: vergrößert die Fenster, spart an Wohnraum. Als Ziel: jedem Erwachsenen sein eigenes, wenn auch kleines Zimmer. „Die Erfahrungen aller Länder zeigen, daß an eine Befriedigung der Wohnungsansprüche der Masse bei der heute bestehenden Spanne zwischen Einkommen und Herstellungskosten nicht gedacht werden kann.“

Bis hierher gehen wir mit Gropius bzw. mit dem Kongreß überein. Aber die Hauptsache an dem Problem: wie sind diese Forderungen durchzusetzen,

welches ist der Weg zu dem schönen Ziel?

— diese wichtigste Seite des Problems ließ der Kongreß unbeantwortet. Gropius streift dies in seinem Referat einmal: „Es ist Pflicht der Wirtschaft, diese Forderung zu verwirklichen. Jedem Erwerbstätigen muß eine Ration Wohnung zugewiesen werden“ und „Der Mehrwert muß in die Hände der Allgemeinheit übergeführt werden“. Gropius wird selbst wissen, daß unsere kapitalistische Wirtschaft auf die „Pflicht“ pfeift, und daß es nur einen Weg gibt, den Mehrwert in die Hände der Allgemeinheit überzuführen: die soziale Revolution.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß auf der öffentlichen Tagung außer in den zitierten Worten von Gropius das Problem des Weges, der zu den vorgezeichneten Zielen führt, überhaupt nicht berührt worden ist. Das muß als der größte Fehler des Kongresses bezeichnet werden. Denn ohne einen gangbaren Weg zu zeigen, sind alle Erörterungen und wunderbaren Pläne von vornherein sinnlos und insofern geradezu zu bekämpfen, als sie über das wirklich vorhandene Elend hinwegtäuschen geeignet sind.

Die Stadt Frankfurt gab durch Besichtigungsfahrten die Möglichkeit, die von ihr erstellten Siedlungen gründlich zu studieren. Tatsächlich überrascht Frankfurt bei seinen zahlreichen Siedlungsbauten durch die großzügige Planung und durch das von Tradition unbelastete Suchen nach den neuesten technischen Möglichkeiten. Und wenn man in den neuen Siedlungen die schönen Wohnungen, die praktischen Küchen und die breiten Straßen sieht, wenn man bei der Durchfahrt immer wieder an neuen Häuserblocks, an schönen Gärten vorbeikommt, dann kann man leicht den Fehlschluß machen: hier ist die Sache von der richtigen Seite angefaßt, die Wirtschaftsdemokratie wird's schon schaffen. Stellen wir aber die

unbescheidene Frage: wer wohnt denn in diesen Häusern? — dann müssen wir feststellen — Mittelstand, Kleinbürgertum, allenfalls Angehörige der Arbeiteraristokratie, ja — ab und zu auch richtige Proletarier, die aber oft nach kurzer Zeit wieder ausziehen müssen, weil sie die Miete nicht bezahlen können. Ganz sicher dann, wenn sie auch nur für die kürzeste Zeit arbeitslos sind. Aber selbst die Glücklichen, die von der Arbeitslosigkeit nicht direkt betroffen werden, können in der Regel eine solche Wohnung nur dadurch halten, daß sie die hohen Mieten sich an Nahrung usw. absparen. Sogar bürgerliche Aerzte haben die Gefahr erkannt, die dadurch gesundheitlich den Neubauarbeitern droht. So schreibt Dr. Tjaden (Bremen) in Nr. 25 der „Aerztlichen Mitteilungen“:

„Die hygienisch-technisch beste und einwandfreieste Wohnung wird unhygienisch, wenn für ihre Benutzung soviel aufgebracht werden muß, daß andere Lebensbedürfnisse nicht befriedigt werden können.“

Bei alledem darf nicht vergessen werden, daß Frankfurt relativ günstige Bedingungen für seine Siedlungsbauten hatte: die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hat die Frankfurter Siedlungsbauten als Versuchsobjekt ihrer Untersuchungen benutzt und entsprechende Beihilfen gegeben. Dann hat die Stadt selbst erhebliche Zuschüsse geleistet, deren Zusammensetzung nun besonders interessant ist.

Durch die Stadt Frankfurt a. M. wurden bereitgestellt:

	aus Hauszinssteuer- mitteln	aus städtischen Mitteln
1925	8,0 Mill. Rm.	11,0 Mill. Rm.
1926	10,5 Mill. Rm.	5,3 Mill. Rm.
1927	18,1 Mill. Rm.	5,3 Mill. Rm.

Dabei fällt sofort auf, daß der Anteil der Hauszinssteuermittel

an den Zuschüssen ungeheuer wächst. Nun wissen wir aber, daß die Hauszinssteuern eine der denkbar schwersten und unsozialsten Massensteuern sind und für die deutsche Arbeiterschaft eine jährliche Belastung von 2,1 bis 2,2 Milliarden Rm. bedeuten.

Infolge der hohen Mieten ist die Belastung der städtischen Bevölkerung durch die Hauszinssteuer geradezu erdrückend; sie beträgt durchschnittlich pro Kopf der Bevölkerung in den Landkreisen 3 bis 10 Rm., in den Mittelstädten 20 bis 35 Rm., in den Großstädten 48 bis 90 Rm. jährlich. Im Jahre 1927 betrug das Aufkommen aus Hauszinssteuern pro Jahr und Kopf der Bevölkerung in:

Breslau	56 Rm.
Hannover	60 Rm.
Düsseldorf	62 Rm.
Berlin	88 Rm.
Frankfurt a. M.	91 Rm. (!)

Nicht wahr, es ist seltsam, daß ausgerechnet die wegen ihrer „sozialen“ Bautätigkeit berühmte Stadt Frankfurt dem Hauszinssteuerwucher die Krone aufsetzt?

Wir wollen nun hier gar nicht den verschlungenen Wegen nachspüren, auf denen mehr als die Hälfte der Hauszinssteuer für den Finanzbedarf der Länder und Gemeinden unmittelbar vergeudet wird, also für die Bürgerkriegspolizei, die Klassenjustiz, die Kirche usw.

Wir wollen auch nicht im einzelnen hier aufzeigen, wie selbst der verbleibende Rest noch zum Teil seinen eigentlichen Bestimmungszwecken entzogen wird (so werden z. B. in Preußen selbst die Zinszuschüsse für sogenannte Arbeitgeberdarlehen des Staates in Höhe von 1¼ Millionen Rm. dem „Ausgleichsfonds“ entnommen).

Wir wollen hier nur feststellen, daß es selbst in Frankfurt a. M. mit seinem Hauszinssteuerwucher, mit seinen eigenen reichen Mitteln, mit besonderer staatlicher Beihilfe nicht gelungen ist, Wohnungen für solche Mieten zu erstellen, die für Proletarier tragbar sind.

Es kann auch nicht gelingen, ebenso wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeitermassen bei vollen Scheunen hungern müssen, müssen sie bei zahlreich leerstehenden Neubauwohnungen in drangvoller Enge in ihren elenden Baracken und Löchern weiter verkommen. Die Sozialdemokratie mag noch so sehr mit der Zahl der Neubauwohnungen als Zeichen der republikanischen Herrlichkeit hausieren gehen — wir wehren uns dagegen, daß mit den aus den Massen herausgeholtten Hauszinssteuer-Millionen Wohnungen für den Mittelstand gebaut werden. Wir haben keine Veranlassung, zur Verbilligung der Wohnungen des Bürgertums beizutragen.

Der Bankrott der kapitalistischen Wohnungspolitik ist offensichtlich. Der Kampf gegen Wohnungselend und für eine proletarische Mieter- und Wohnungspolitik kann nur als Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt geführt werden.

Dieser Erkenntnis hätte sich auch der Frankfurter internationale Kongreß für modernes Bauen nicht verschließen können, wenn er neben der hygienischen und technischen auch die wichtigste, nämlich die politische Seite des Problems gesehen, behandelt und verarbeitet hätte.

### Zur Haustabrikation

Die Erfindung eines neuen Baustoffes scheint geeignet, der industriellen Herstellung von Häusern bzw. ganzer Haussteile neue Ausdehnungsmöglichkeiten zu verschaffen. Es handelt sich um ein Material, das von einem Amerikaner aus Lehm dargestellt worden ist. Der Lehm wurde verschiedenen Trockenprozessen ausgesetzt und dann einer Art Gärung unterworfen. Der so gewonnene Stoff, der durch Pressen geformt werden kann, ist fest, witterbeständig und — vor allem — leichter als Wasser. Ein Kubikmeter dieses Materials wiegt nur 500 Kilogramm (also das halbe Gewicht des gleichen Rauminhalts Wasser). Man glaubt, daß diese Eigenschaft nicht nur gestattet, die Höhe der Häuser zu verdoppeln, sondern auch — wie schon oben angedeutet — ganze Haussteile im Voraus zum Verkauf herstellen zu können. Die Haustabrikation wird aber in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Verbesserung der proletarischen Wohnverhältnisse herbeiführen. Das Hauptziel bei der Fabrikation von Arbeitshäusern wird natürlich sein, den Bau möglichst schnell und mit niedrigen Selbstkosten (!) auszuführen. Das wird zunächst eine noch größere Unsolidität, d. h. eine noch rascher einsetzende Benützlichkeits der Arbeiterwohnungen zur Folge haben.

### WEISST DU SCHON ?

Daß das Metall Nickel im menschlichen Körper enthalten ist? Sowohl in Knochen von Ochsen als auch im Oberschenkel und Schläfenbein des Menschen konnte Nickel nachgewiesen werden. (Ch.)

Daß man in Indien ausgedehnte Ablagerungen eines natürlichen Koks gefunden hat? Bisher wurden diese Lager unter der Bezeichnung „Ihama“ für ausgebrannte Kohle gehalten. Man legte ihnen keine Bedeutung zu. Jetzt glaubt man, daß dieser „Naturkoks“ einen ausgezeichneten metallurgischen Koks darstellt. (Ch.)

Daß man in Schweden, wo wie bei uns jährlich große Mengen Stroh anfallen (20 000 Tonnen), in großem Maßstab neue Verwertungsmöglichkeiten für dieses erprobt? Man plant den Bau einer großen Fabrik in Ystad, in der nach dem Verfahren von Rinman jährlich 6000 Tonnen feines Papier, keine Strohnappe, hergestellt werden soll. Eine Gesellschaft unternimmt die Erzeugung von Bau- und Isolierstoffen aus Stroh.